

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 64

8. DEZEMBER 1989

DM 1,- / 1 Mark

Für eine leninistisch-egalitäre Partei!

Für ein rotes Rätedeutschland!



Wallis/Sipa



metall

Öffnung der Mauer am 9. November. Streikdrohungen der mächtigen ostdeutschen Arbeiterklasse waren ein entscheidender Faktor. Gegen imperialistischen Revanchismus – Für revolutionäre Einheit der Arbeiter des kapitalistischen Westens und des deformierten Arbeiterstaats im Osten!

1. DEZEMBER – Die Öffnung der Mauer und der andauernde Aufruhr in der DDR hat international Schockwellen ausgelöst. Die DDR ist der Dreh- und Angelpunkt des sowjetischen Blocks, wie er bisher war; Ber-

lin war mehr als vier Jahrzehnte lang der Brennpunkt des Kalten Krieges. Die Krise der stalinistischen Herrschaft in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas hat den Explosionspunkt erreicht. Bereits

im Sommer schmissen die polnischen Stalinisten das Handtuch und machten dem offenen konterrevolutionären Kabinett unter Führung von Solidarność Platz. Im Herbst spalteten sich die ungarischen Stalinisten, als füh-

rende Elemente Pläne schmiedeten, die nationalisierte Wirtschaft an internationale Kapitalisten zu verkaufen. In Bulgarien wurde der Erzstalinist Todor Schiwkow hinaus-

Fortgesetzt auf Seite 13

Arbeiterräte an die Macht!

Nachstehend drucken wir die Erklärung der Trotzistischen Liga Deutschlands ab, die wir als Flugblatt veröffentlicht haben. Mehr als 200 000 Exemplare wurden in Berlin verteilt.

Arbeiter in der ganzen Welt, die die Wiedergeburt des wirklichen Kommunismus wollen, schauen auf die dramatischen Ereignisse in der DDR. „In Rußland wurde der Funke entfacht – in Deutschland wird es zur Flamme!“, diese Losung der KPD aus den 20er Jahren verkündete ein Banner auf der Massendemonstration am 4. November in Ostberlin. Die Entwicklungen in der DDR stellen die *proletarische politische Revolution* unmittelbar auf die Tagesordnung. Das bedeutet, die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen und an ihrer Stelle *wirkliche Arbeiterräte* zu errichten, wie die, die in der Oktoberrevolution aufgebaut wurden, basierend auf dem vergesellschafteten Eigentum an Pro-

duktionsmitteln. Dies wiederum kann der Funke sein für die sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen.

In der Nacht des 9. November strömten Ostberliner über die Grenze nach Westberlin. Außer einer Handvoll kehrten alle zurück. Kohl versuchte, auf einer „Siegeskundgebung“ in Westberlin zu sprechen, aber die Rede ging in Buhrufen und Pfiffen unter. Als er „Deutschland, Deutschland über alles“ im Chor singen wollte, sangen Brandt, Momper & Co. mit, doch es ging in einem neuen Pfeifkonzert unter. Und ein versuchter Nazi-Marsch zum Brandenburger Tor mit Republikaner-Führer Schönhuber an der Spitze wurde von demonstrierenden Massen unter Rufen von „Nazis raus!“ verhindert. Ostdeutsche Arbeiter jubeln darüber, daß die Mauer fällt, aber sie wollen keine revanchistische

Fortgesetzt auf Seite 12



Penguin Books

Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!

Briefe aus der DDR

Die Umwälzung in der DDR hat alle Schichten der Bevölkerung erfaßt und das Interesse an authentischem Kommunismus explosionsartig wachgerufen. Die Trotzistische Liga Deutschlands hat zusammen mit unseren Genossen aus anderen Ländern mehr als 200 000 Flugblätter verteilt, Tausende von Zeitungen verkauft, Veranstaltungen mit Diskussion organisiert und unzählige politische Gespräche mit Arbeitern und Studenten geführt. Wo wir auch hinkommen, unsere Literatur ist nach kürzester Zeit ausverkauft.

Besonders seit dem Erscheinen unseres Flugblatts „Arbeiterräte an die Macht“ erhalten wir einen ständigen Strom von Briefen, hauptsächlich aus der DDR. Unsere Leser wollen mehr über unsere Politik und unsere Organisation erfahren. Viele wollen mehr Flugblätter, um sie weiter zu verteilen und wollen auch enger mit der TLD zusammenarbeiten. Es gab auch einige antikommunistische und andere haßerfüllte Zuschriften, z. B. von einem Absender in der „Stalin-Allee“!

Diese Ausgabe des *Spartakist* richtet sich besonders an unsere Leser in der DDR und ihre vielen Fragen. Daher drucken wir aus *Spartakist* Nr. 62 (Juni/Juli 1989, bereits vergriffen) die Gründungserklärung unserer internationalen Organisation ab: „Internationale Kommunistische Liga gegründet“ (siehe Seite 7). Wir weisen auch auf die Erklärung „Gründet Spartakist-Gruppen“ hin (Seite 13).

Die hier abgedruckten Auszüge sind eine kleine Kostprobe der Leserbriefe.

Werte Mitglieder der TLD!

Ich habe Ihr Flugblatt bei einem Besuch von Westberlin auf der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg erhalten und habe gleich ein paar mehr mitgenommen. Ich hatte auch erst Zeit zu Hause, es durchzulesen. Ich bin erst 15 Jahre alt und habe bis jetzt nur „DDR“-alt erlebt. Ich war einer, der alles unserem Stabülehrer glaubte und einer der wenigen in unserer Klasse, der die DDR liebte.

Gestern nun habe ich erstmals den „bösen“ Westen gesehen und war von den vollen

Regalen und von den Preisen beeindruckt. Aber ich habe auch Penner gesehen, die weniger danach aussahen, als würden sie froh sein, wenn sie Arbeit hätten. Ich finde, daß jetzt aber noch nicht der Zeitpunkt erreicht ist, zur proletarischen Revolution im Westen aufzurufen. Der Westen ist zur Zeit zu attraktiv, und im Osten sind dazu zu viele Probleme.

Ich stehe trotzdem voll hinter dem, was Sie ausführlich in Ihrem Plakat beschrieben haben. Auch ich möchte eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch eine proletarische Revolution im Westen. (...) Besten Dank!

Liebe Spartakisten!

Wir sind Studenten und haben auf der Demonstration am Freitag Euer Flugblatt in die Hand bekommen, wie so viele.

Beim ersten Lesen schien uns vieles sehr radikal, dann jedoch einleuchtend und ein nochmaliges Lesen weckte unser Interesse...

Wie gesagt, wir haben Euer kleines Material gelesen und es hat Interesse geweckt. Wir würden also, so Ihr bereit seid, mehr über Eure Ziele, das heißt Genaueres erfahren. Welche Rolle ist den Intellektuellen zugeordnet, wie sind die Räte strukturiert, wie wollt Ihr an die Massen, warum ist das Neue Forum kleinbürgerlich, etc. Wenn es Euch recht ist, so wären wir sehr dankbar. Gerade in der Arbeit der Räte liegt großes Interesse, da wir die Initiatoren des sozialistischen Studentenrates an unserer Hochschuleinrichtung sind.

Viel Erfolg bei Eurer Arbeit, hoffentlich sehen wir uns bald und wir würden uns freuen, von Euch zu hören, Trotz Alledem!

Liebe Freunde der TLD!

Um aus dem kleinbürgerlichen Mief und Gestank herauszukommen, benötige ich Material und Infos zur TLD. Wäre es vorerst möglich, mich mit dem Wesentlichsten zu versorgen.

Mit bestem Dank und bis später

Liebe Genossen von der TLD!

Ich war am 18.11.89 in Westberlin – das

Karl Liebknecht: Für Räte-macht in ganz Deutschland!



Im November 1918 stürzten die kriegsmüden deutschen Massen den Kaiser und bildeten Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). Die neue SPD-Regierung von Ebert und Scheidemann versuchte, im Namen der „Demokratie“ (bürgerlicher Parlamentarismus) die imperialistische Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Spartakusbund, geführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, forderte eine mit dem bolschewistischen Rußland verbündete Räteregierung. Das Regime und die Oberste Heeresleitung zerschlugen den



„Spartakus-Aufstand“ im Januar 1919. Dabei bedienten sie sich der Freikorps-Faschisten, die dann Liebknecht und Luxemburg ermordeten.

Die Enthauptung der deutschen proletarischen Avantgarde – es fehlte eine gestählte, erprobte kommunistische Partei wie Lenins Bolschewiki, die die mächtige deutsche Arbeiterbewegung zur Macht geführt hätte – erwies sich als verhängnisvoll für Europa und die ganze Welt. Die deutsche Revolution von 1923 wurde niedergeworfen. So wurde Sowjetrußland isoliert gelassen und dem Thermidor Stalins ausgeliefert; mittlerweile wandte sich die tief erschrockene deutsche Bourgeoisie an Hitlers Faschisten. Die deutsche Niederlage führte zu der Verwandlung der Komintern in ein Instrument des Verrats für antirevolutionäre Gangster wie Stalin (und Epigonen wie Walter Ulbricht), die Kommunisten ermordeten und sich weigerten, gegen die Faschisten zu kämpfen, ebenso zum Nazi-Völkermord und dem Gemetzel des imperialistischen Kriegs.

Das folgende Zitat haben wir Liebknechts Rede während einer Massendemonstration in Berlin Mitte Dezember 1918 entnommen:

Genossen, Kameraden, Freunde! Der Tag, an dem der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentritt, ist von historischer Bedeutung. Die erste Aufgabe des Kongresses ist, die Revolution zu schützen, die Gegenrevolution niederzuwerfen: Entwaffnung aller Generale und Offiziere; Aufhebung der bisherigen Kommandogewalt; Gründung einer Roten Garde, um die soziale Revolution durchzuführen. Aushebung des Restes der Gegenrevolutionäre, und dazu gehört auch – ich sage das, auch wenn sich irreführende und mißleitete Proletarier darüber empören – die Regierung Ebert-Scheidemann... Vorläufig haben wir in Deutschland keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Republik. Die sozialistische Republik muß erst durch das Proletariat herbeigeführt werden, durch den Kampf gegen die jetzige Regierung, die zur Trägerin des Kapitalismus geworden ist. Wir verlangen von dem Kongreß, daß er die volle politische Macht zwecks Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt und die Macht nicht einer Nationalversammlung überträgt, die nicht ein Organ der Revolution sein würde. Wir fordern von dem Rätekongreß, daß er die Hand nach unseren russischen Brüdern ausstreckt und die Delegierten der Russen herüberrief. Wir wollen die Weltrevolution und die Vereinigung der Proletarier aller Länder unter Arbeiter- und Soldatenräten.

Karl Liebknecht

(Die Rote Fahne Nr. 32, 17. Dezember 1918)

2. Mal seit der Öffnung der Mauer. An der Gedächtniskirche in Berlin verteilten Eure Leute Flugblätter (den Spartakist). Leider beeindruckte mich diese „neue Welt“ dort erst einmal so, daß ich erst im Zug nach Hause zum Lesen dieses Flugblattes kam.

Ihr seid also für eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei in Ost und West. So wie Ihr das in diesem Flugblatt geschildert habt, bin ich mit Euch einverstanden. Die Geschehnisse in unserer Republik seht Ihr sehr reell. Allerdings gibt es bei mir – vielleicht aus Unwissenheit – noch einige Unklarheiten. Z. B. Trotzki! Er wurde bei uns als Antisowjetist und Antikommunist deklariert. Mich würde interessieren, wie Ihr das seht.

Seit September 1989 bin ich hier Mitglied bzw. erst einmal Kandidat der SED. Es stimmt, massiv ist noch keine linke Opposition innerhalb der Partei aufgetreten. Doch ich und einige wenige Genossen kämpfen da-

für; und ich bin überzeugt, daß wir immer mehr werden. Allerdings besteht da noch ein Problem. Mit der jetzigen SED sind wir nicht einverstanden: Sozialdemokraten sind schon in der Geschichte nicht die Partei der Arbeiter gewesen. Also haben wir zur Zeit keine Alternative zur SED. Deshalb würden mich Euer Programm und Eure Vorstellungen innerhalb der Trotzistischen Liga Deutschlands interessieren.

Es würde mich freuen, wenn ich von Euch diese Informationen bekommen könnte. Auch habe ich auf diesem Flugblatt gelesen, daß Ihr z. B. in Westberlin (Kottbusser Damm) öffentliche Veranstaltungen durchführt. Leider war auf diesem Flugblatt nur der 18. November angegeben und der ist leider vorbei. Finden noch mehr solche Veranstaltungen dieser Art statt? Und könnten mir diese Termine mitgeteilt werden? Vielen Dank!

Kleindeutscher Chauvinismus

4. DEZEMBER – Während Devisenschmuggler Schalck-Goldkowsky und andere Milliarden D-Mark auf Geheimkonten in der Schweiz schleusten, führte das Krenz-Regime scharfe Maßnahmen ein gegen den Schmuggel von Wurst und Kinderschuh aus der DDR. Grenzkontrollen wurden verschärft; Transitreisende von Polen in den Westen dürfen ihre Fahrt in der DDR nicht mehr unterbrechen; ein Verkaufsverbot von Lebensmitteln und Konsumgütern wurde für Ausländer verhängt. Jetzt gibt es Ausweiskontrollen an der Kasse; immigrierte Arbeiter in der DDR müssen einen Sonderberechtigungsschein vorzeigen.

Gewiß ist der Schwarzmarkt der DDR ein gefährliches Symptom, noch ernsthafter geworden nach der vom IWF angeordneten „Schockbehandlung“, d. h. Verelendung, für die polnischen Arbeiter. Doch Ostberlins Maßnahmen sind demgegenüber völlig hilflos. Die Neustalinisten peitschen eine gefährliche nationalchauvinistische Pogromstimmung hoch. Gewalttätigkeiten gegen Polen in der DDR nehmen zu. Laut Oskar Fischer wurden „bereits polnische Autos demoliert“ (*Berliner Morgenpost*, 2. Dezember). Weiter berichten Zurückreisende aus der DDR, Polen würden als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt. Verärgert spricht die Presse in Polen von einer Kampagne von Krenz selbst, „um die DDR-Bürger von den wahren ‚systembedingten Ursachen‘ der Versorgungsengpässe abzulenken.“

Als Hermann Kant in der Volkskammer vor dem Abrutschen in einen neuen Nationalismus mahnte, wurde es eher kühl aufgenommen. Laut Londoner *Guardian* (2. Dezember) warnte Kant, man dürfe beim Versuch, dem „Ausverkauf der DDR“ zu begegnen, kein „P“ auf die Jacken polnischer Bürger heften. Vor vielen Läden in der DDR gibt es Schilder in polnischer Sprache: „Verkauf nur an Bürger der DDR“.

Der Chauvinismus richtet sich jetzt auch gegen sowjetische Armeeeingehörige, die in der DDR leben. *Bild Berlin* berichtete am 2. Dezember über Zwischenfälle in mehreren Städten. Mit einem Traktor „entfernten Soldaten der Volksarmee vor wenigen Tagen einen russischen Panzer von einem sowjetischen Ehrenmal“ in Bernau. In Geschäften in Pasewalk und Fürstenberg seien Frauen von Rotarmisten durch ostdeutsche Frauen wüst beschimpft und blutig geschlagen worden, so daß Vopos einschreiten mußten.

In großdeutschem „Wiedervereinigungs“-rausch schwelgt die westliche Boulevardpresse im Antisowjetismus. Auch die Republikaner-Faschisten bejubeln diese gefährlichen Entwicklungen. Und im Westen heißt der hochgepeitschte Nationalismus auch wüstere Angriffe auf Ostdeutsche. In Westberlin überfielen Skinheads in der Nacht vom 1. Dezember Aussteiger aus der DDR in einer Turnhalle in Lichterfelde (*Berliner Morgen-*

post, 3. Dezember 1989).

Überall in Osteuropa lassen die „Reformen“ der zusammenbrechenden stalinistischen Regime nationalistische, auch offen faschistische, Tendenzen wuchern – wie die Pamjat-Faschisten! Die Arbeiterklasse muß diese Bedrohung jetzt stoppen und alle Anzeichen von Diskriminierung unerbittlich bekämpfen. Es gibt in der DDR ungefähr 53 000 vietnamesische, 10 000 kubanische und 23 000 polnische Arbeiter und 60 000 Familien von sowjetischen Armeeeingehörigen. Eine wirklich kommunistische – internationalistische – Opposition in der DDR muß für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und russischen Arbeiterklasse kämpfen. In Deutschland heißt das volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter! Nur so kann der Teufelskreis von nationalistischen Rivalitäten durchbrochen werden. 1918 legte die Fassung der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik fest:

„Von der Solidarität der Arbeitenden aller Nationen ausgehend, gewährt die Russische Sozialistische Föderative Räterepublik alle politischen Rechte der russischen Bürger den Ausländern, die im Gebiet der Russischen Republik wohnhaft sind, um einer Beschäftigung nachzugehen, und der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft angehören, sofern sie sich nicht fremder Arbeitskraft bedienen, und sie gewährt den Ortsräten das Recht, solchen Ausländern das russische Bürgerrecht ohne alle Formalitäten zu verleihen.“

Keht zurück zum Weg von Lenin und Trotzki! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! ■

Redaktionsschluß für diese Ausgabe ist der 4. Dezember 1989.

Preise für Zeitschriften sind in dieser Ausgabe nur in D-Mark angegeben. Dieselben Preise gelten auch in Mark.

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Internationale
Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)



REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Renate Müller, Jan Norden, Mark Richard, Carola Rosen, Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgironkonto Ffm 119 88-601

Tel.: Redaktion: (0 40) 33 17 94
Vertrieb: (0 40) 32 36 44
Fax: (0 40) 33 01 54

Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,-
Ausland Seepost DM 15,- Luftpost DM 30,-

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173 – 7430

Korrektur

Im *Spartakist* Nr. 63, Seite 1, „Polen am Rande des Abgrunds“: Pinochets Coup in Chile war 1973, nicht 1978.

Stoppt die Vertreibung der Roma und Cinti!



Rechts: TLD hat bei Protest im ehemaligen KZ Neuengamme gegen Abschiebung von Roma und Cinti aus Hamburg, 29. August. Oben: SPD/FDP-Senat ließ KZ-Gelände räumen, Polizei greift Demo an, 2. Oktober

Mehr als 1000 Roma und Cinti droht die Abschiebung aus dem sozialdemokratisch regierten Hamburg, die größte solche Aktion seit der Gründung des westdeutschen Staats. Mehrere hundert Roma und Cinti besetzten aus Protest das ehemalige KZ Neuengamme; SPD-Oberbulle Hackmann ließ es gewaltsam räumen.

Im folgenden drucken wir einen Protestbrief ab, den das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) an den Hamburger Bürgermeister Voscherau schickte. Das KfsV ist eine nichtsektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung; sein Zweck entspricht den politischen Ansichten der Troztkistischen Liga

Deutschlands. Dem Protest des KfsV schlossen sich brüderlich verbundene Organisationen an. Das Partisan Defense Committee in den USA und die gleichnamigen Organisationen in Australien und Kanada schickten ebenfalls dringende Proteste.

Hamburg, 3. Oktober 1989

An
Henning Voscherau
Erster Bürgermeister
Freie und Hansestadt Hamburg

Am 2. Oktober griff die Hamburger Polizei auf dem Gelände des früheren KZ Neuen-



Spartakist

gamme Roma und Cinti an, die dort protestierten. Mehr als 1000 Roma und Cinti – dieses Volk, Opfer des Hitlerschen Völkermordes, das seit Jahrhunderten von Land zu Land gejagt wird – sind vom Hamburger SPD/FDP-Senat mit Abschiebung bedroht. Und jetzt verweigert der Senat ihnen sogar das Recht, dagegen zu protestieren, vertreibt sie sogar aus Neuengamme. Die Roma und

Cinti wollen einfach nur das Recht, in diesem Land zu bleiben, das in der Lage ist, Tausende von DDR-Aussteigern aufzunehmen.

Eine halbe Million Roma und Cinti wurden vom Dritten Reich vernichtet. Es reicht nicht aus, die Opfer des Nazismus zu betrauern, wenn die Überlebenden jetzt schon wieder verfolgt werden! Die Roma und Cinti sind mehr als berechtigt, vom selbsternannten westdeutschen Nachfolgestaat des Dritten Reiches Entschädigung zu bekommen, aber keine solche Entschädigung kann je genug sein. Zuerst und vor allem fordern wir: Stoppt die Abschiebungen!

Dieser rassistische Skandal findet statt im Kontext von nationalistischer Hysterie und bedrohlichem Anwachsen der Faschisten. Dieser Angriff auf ein Volk ohne Heimat, dessen Geschichte die Verfolgung der Staatenlosen symbolisiert, ist eine Bedrohung für jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantensorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Cinti zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Hochachtungsvoll
Werner Brand
für das Komitee für soziale Verteidigung

Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Rettet Mumia Abu-Jamal!

Den schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt, will der amerikanische Bundesstaat Pennsylvania umbringen, aber eine wachsende Verteidigungskampagne ist entschlossen, Mumias Leben zu retten. Am 14. Oktober verlangten 200 Menschen bei einer Kundgebung in Philadelphia/USA: „Weg mit der Todesstrafe! Rettet Mumia Abu-Jamal!“ Die Kundgebung wurde mit organisiert vom Partisan Defense Committee (PDC) und dem Kongreß-Abgeordneten von Pennsylvania David Richardson. Der Versammlungsraum wurde kostenlos zur Verfügung gestellt vom „Pan-African Studies Community Education Project“ der Temple University. Gekommen waren Schwarze, Studenten, Gewerkschafter und andere in einer bahnbrechenden Einheitsfrontaktion gegen den rassistischen „legalen“ Lynchmord.

Viele Anwesende kannten Mumia als ehemaliges Black-Panther-Mitglied oder als bedrängten Verteidiger der Unterdrückten der Stadt. Sie wissen, daß der bürgerliche Staat ihn wegen seines politischen Mutes und seiner Hautfarbe auf die Todesliste gesetzt hat. Im Rahmen der „Woche der politischen Gefangenen“ von amnesty international berichtete die taz (21. Oktober) über Mumia: „Sein Fall ist exemplarisch für die Verfolgung einer ganzen Generation schwarzer Frauen und Männer in den siebziger Jahren sowie für die rassistisch diskriminierende Anwendung der Todesstrafe in den USA“ (amnesty international Bericht 1989).“

Ein Vertreter des PDC berichtete der Versammlung, daß 11 000 Menschen – unter ihnen Gewerkschaftsfunktionäre, Bürgerrechtsorganisationen, religiöse Organisationen und andere Gegner der Todesstrafe von Paris bis San Francisco – bisher Petitionen unterschrieben haben, die fordern: Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben.

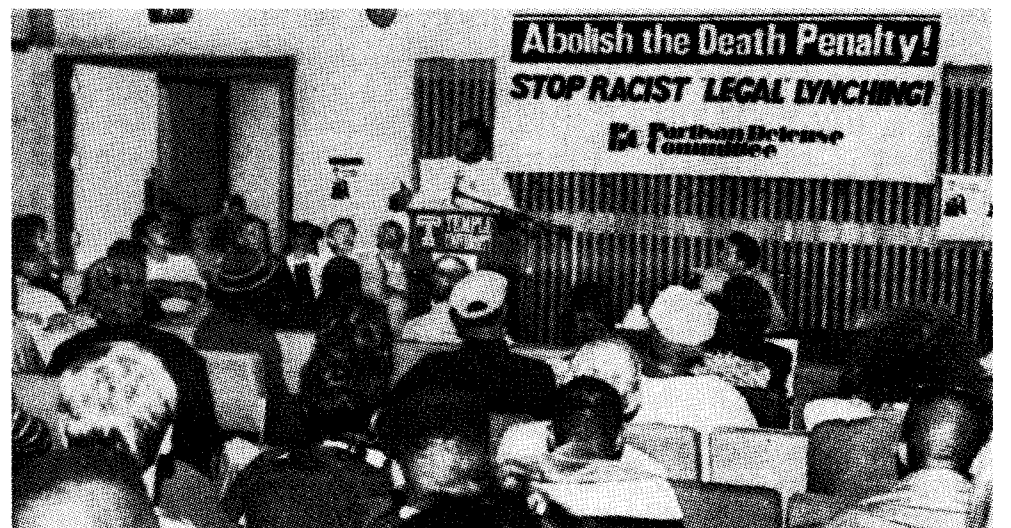
In Westdeutschland hat das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) eng zusammengearbeitet mit der Amerika Gegen Informations Presse (AGIPA-Press), um den Kampf zur Rettung von Mumias Leben voranzutreiben: beim „Festival alternativer und radikaler Medien“ in Amsterdam am 15.–17. September und bei einer von amnesty international organisierten Demonstration in Bremen am 11. November.

Die Todesstrafe ist Teil der rassistischen

Klassenunterdrückung in Amerika, und der Kampf, sie ein für allemal abzuschaffen, heißt die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, die für alle Unterdrückten kämpft. Die Versammlung am 14. Oktober ist eine neue Etappe im Kampf um Mumias Leben. Diese Kräfte und viele mehr darüber hinaus müssen mobilisiert werden, um Mumia Abu-Jamal zu retten!

Grüße des KfsV an die Veranstaltung in Philadelphia: „Schafft die Todesstrafe ab!“

Das westdeutsche Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) möchte eure Veranstaltung unterstützen: für die Abschaffung der Todesstrafe und für die Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal, des mutigen Gefangenen in der Todeszelle. Die Wiedereinführung der barbarischen Todesstrafe in den USA hat die Kräfte der sozialen Reaktion überall gestärkt. Von Südafrika bis zu Bushs Amerika sind die Lynchgesetze die Ketten, die schwarze Menschen wiederversklaven und alle Menschen terrorisieren. Wie unter der Sklaverei sind die ersten Opfer die, die ihre Mit-



Workers Vanguard

Am 14. Oktober in Philadelphia forderten schwarze, weiße und hispanische Gewerkschafter, Bürgerrechts- und Studentengruppen: Weg mit der Todesstrafe! Rettet Mumia Abu-Jamal!

menschen befreien wollen, von ANC-Kämpfern bis zu Mumia, einem ehemaligen Black Panther und MOVE-Unterstützer. Die Todeszellen, in denen Hunderte, unverhältnismäßig viele Schwarze, auf ihre Hinrichtung warten, rufen die Erinnerung an die Todeslager wach. Und Nazideutschland zeigte der Welt, in welchem Ausmaß der rassistische Imperialismus in seinem Todeskampf staatlich organisierten Mord benutzt. Am 5. November letzten Jahres stellte die Mobilisie-

rung von Arbeitern/Schwarzen, an der sich 1000 beteiligten, sicher, daß die Lynchmörder in weißen Bettlaken und die amerikanischen Möchtegern-Hitler nicht in Philadelphia marschierten. Möge die heutige Versammlung dazu beitragen, die Lynchmörder in schwarzen Roben und blauen Uniformen zu besiegen und alle diejenigen, die die „Stimme der Entrechteten“, Mumia Abu-Jamal, auslöschen wollen.

Komitee für soziale Verteidigung

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit!

Gegen acht Freunde und Unterstützer der Troztkistischen Liga wird nach einem bewaffneten Überfall durch die Republikaner ermittelt. Die Republikaner griffen am 14. Januar Gäste eines Restaurants im Westberliner Stadtteil Moabit an, in dem früher am Abend die TLD ein antifaschistisches Video gezeigt hatte. Jetzt werden acht der Opfer der Republikaner-Provokation mit Anklagen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Nötigung bis Beleidigung bedroht. Ein breites Spektrum von Gewerkschaftsfunktionären, antifaschistischen Organisationen, deutschen und eingewanderten Linken und politischen Parteien hat bisher die Forderung unterstützt: Sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten, die aufgrund der Provokation am 14. Januar eingeleitet wurden. Darunter befinden sich Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitzkomitees; die Gesellschaft für Menschenrechte, Ankara; Serge Klarsfeld; Lutte Ouvrière; in Westberlin: PanAm-Betriebsräte; die AL; die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN); Gewerkschafter gegen Rassismus und Faschismus. Seit Mitte September (siehe Spartakist Nr. 63, September/Oktober 1989) kamen hinzu:

Didier-Daniel Aroi, Lehrer und Gewerkschafter, Frankreich; Giovanni Bertolini, Sekretär der Centro Culturale Concetto Marchesi*, Italien; Gianni Bombaci, CGIL-Gewerkschaftssekretär*, Milano; Luigi Cipriani,

Abgeordneter der Democrazia Proletaria*, Italien; Annette Cremmeu, SNESUP*, Frankreich; Franco Grisolia, Nationaler Vorstand Democrazia Proletaria*, Nationalkomitee der CGIL*, Italien; Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, Österreich; Helge Harms, DAG-Gewerkschaftssekretär*, Hamburg; Ernest Mandel, Belgien; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Augusto Rocchi, Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM*, Milano; Gunther Steffens, DAG*, Hamburg; Mauro Tassetto, Anarchico*, Italien

UNTERSTÜTZER AUS DER DDR: Stephan Hermlin, Ostberlin; Heiner Müller, Ostberlin; Käthe Reichel, Schauspielerin am Deutschen Theater, Ostberlin; Benito Wogatzki, Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR*, Ostberlin

WESTBERLINER UNTERSTÜTZER: ANTI-REPRESSIONS-GRUPPE des Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus; Heinz Schröder, 1. Vorsitzender der VVN*; Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Kreisverband Tempelhof; Holger Wendt, SSB*, Falken*; Jusos*, AG-Antifa des AstA*; und viele andere mehr

*Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Spendet auf das Konto:

Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

Kontakt und Unterschriftenlisten über:

Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 8 82 39 64
Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit,
c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

Ernest Mandels VS salutiert estnischen Nazis

Der folgende Text wurde am 6. November als Flugblatt bei einer Podiumsdiskussion mit Ernest Mandel an der Akademie der Künste in Ostberlin verteilt (siehe Artikel auf Seite 5).

Als am Morgen des 6. August 1943 Tausende jüdischer Sklavenarbeiter das Wilnaer Getto in Litauen zu einem Arbeitseinsatz verließen, wurden sie von estnischen Nazitruppen umzingelt. Die jüdischen Männer und Frauen wußten, was das bedeutete – Deportation in den Tod, die Endlösung. Viele leisteten Widerstand – sie wurden blutig niedergemäht. Die übrigen wurden auf Güterwaggons geladen und in Konzentrationslager in Estland abtransportiert. Einen Monat später war Wilna, das historische Zentrum jüdischer Kultur in Osteuropa, „judenrein“. Als Anfang September die letzte „Aktion“ durchgeführt wurde, standen estnische Wachen vor den Getto-Toren, um die abzufangen, die zu fliehen versuchten. Nachdem die sowjetische Armee 1944 die Wehrmacht aus dem Baltikum vertrieben hatte, entkamen viele dieser estnischen Nazis in die Wälder, wo sie als die „Waldbrüder“ bis Anfang der 50er Jahre gegen Kommunisten und Juden Terror ausübten.

Jetzt lesen wir, diese sadistischen Bestien seien „Freiheitskämpfer“ gewesen, die am „bewaffneten Kampf gegen den Stalinismus in Estland“ teilgenommen hätten. Und wo findet man diese Apologie für estnische Nazis? Nicht in der „revisionistischen“ Geschichtsschreibung irgendwelcher Neonazis, sondern in einer „linken“ Zeitung, *International Viewpoint* (18. September), dem Organ von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS). Mandels Verein druckt ohne jede Kritik den Artikel eines gewissen Herbert Lindmae ab, der ursprünglich in der Monatszeitung der estnischen Volksfront erschienen war. In der redaktionellen Einleitung empfiehlt *International Viewpoint* Lindmaes Artikel als eine Antwort auf die sowjetische Presse, weil diese „immer noch jegliche Verteidigung der ‚Waldbrüder‘ zum Skandal aufbauscht“. Zum Skandal aufbauscht? Die „Waldbrüder“ waren antisowjetische Nazi-Terroristen!

Alle Veteranen der Roten Armee aus dem Krieg gegen Nazi-Deutschland, alle, die die Vernichtungslager und die Einsatzgruppen-Todeskommandos überlebt haben, würden vor Wut und Empörung kochen, wenn sie die ekelerregende Verherrlichung ihrer Peiniger sähen, die *International Viewpoint* betreibt. Die *Geschichte der Waffen-SS* (1982) von Hugh Page Taylor, dessen Sympathie den baltischen Nationalisten galt, hält fest: „Der deutsche Vormarsch im südlichen Estland erhielt durch estnische Guerillas bedeutende Unterstützung, durch jene Männer, die in den letzten Phasen der russischen Besatzung als ‚Brüder des Waldes‘ in den Untergrund gingen.“ Ein vor kurzem im Magazin *New Yorker* (18. September) erschienener Artikel vermittelt etwas von dem bösartigen antislawischen Rassismus, der die gegenwärtige estnische nationalistische Bewegung durchtränkt. Darin wird ein Waldbruder interviewt, der sich stolz an seine Teilnahme an der Belagerung von Leningrad erinnert. 900 bittere Tage lang, bei einer Million To-

desopfern, hielt die Bevölkerung von Leningrad heroisch stand und siegte – und heute verneigt sich Mandel vor ihren Angreifern, den Nazis!

Viele baltische Nationalisten versuchen, die Frage der Nazi-Kollaboration unter den Teppich zu kehren, doch Lindmae brüstet sich geradezu damit: „An der Vertreibung der Roten Armee vom Festland und den Inseln Estlands waren zusammen mit den deutschen Streitkräften auch Selbstverteidigungseinheiten der Waldbrüder beteiligt.“ Er ist stolz darauf, daß es im Mai 1943 „bereits 22 849 Esten in Hitlers Streitkräften gab“. Für Lindmae führten die Esten in Hitlers Streitkräften einen „nationalen Befreiungskampf“:

„Der bewaffnete Kampf gegen den Stalinismus war im wesentlichen ein Kampf des estnischen Volkes für Befreiung... Daß Teilnehmer dieses Kampfes während des Krieges auf der Seite des faschistischen Deutschlands kämpften, ist einzig und allein die Schuld des Stalinismus... Man hoffte, die Deutschen würden die Unabhängigkeit Estlands wiederherstellen, oder sie würde wiederhergestellt werden, wenn Deutschland den Krieg gegen die westlichen Alliierten verlor.“

Hier ist die wahre Sehnsucht des antikomunistischen estnischen Nationalismus: eine „unabhängige“ Marionette entweder Nazideutschlands oder des US-Imperialismus gewesen zu sein – „wiederhergestellt“ über den Massengräbern von Juden und Kommunisten.

In Hitlers Kreuzzug gegen den „jüdischen Bolschewismus“ leisteten die estnischen Nazis ihren vollen Beitrag, wie Arno J. Mayer in seinem Buch *Why did the Heavens not Darken?* (Warum verfinsterte sich der Himmel nicht?, 1988) feststellte: „Bezeichnenderweise wurden manche der ersten und die zeitweise schlimmsten Greuelaten gegen die Juden nicht von den Einsatzgruppen neuer Prägung durchgeführt, sondern von der jeweiligen Version von Pogromisten in den neuen „befreiten“ Gebieten – Litauen, Lettland, Estland, Weißruthenien (Belorußland), die Ukraine...“ Die estnischen Nazis nahmen unter den Truppen von Hitlers Satelliten einen besonderen „Ehren“platz ein: anders als die anderen galten sie in der deutsch-nordischen arischen „Neuen Ordnung“ als vollkommen Gleichwertige.

Anfang des Krieges bildeten Esten das 658. und das „Narva“-Freiwilligenbataillon sowie 17 weitere Grenzschutzbataillone; 1943 wurde die Freiwilligenbrigade der estnischen SS als Teil der Waffen-SS aufgestellt. Estland war das Hauptzentrum für Nazi-Konzentrationslager im Baltikum. Estlands winzige jüdische Bevölkerung zählte vor dem Krieg 4000; die 1000, die nicht das Glück hatten, sich nach Sowjetrußland durchzuschlagen, waren alle schon Ende 1941 vernichtet wor-

den. Im Lager Tartu, dessen estnischer Kommandant Karl Linna schließlich 1987 von den USA ausgeliefert wurde, wurden 12 000 Menschen abgeschlachtet, die meisten von ihnen Kommunisten. Kurz bevor die Rote Armee 1944 das Lager Klooga in Estland befreite, ermordete eine Bande von 30 estnischen Faschisten alle Juden, deren sie habhaft werden konnten.

Die heutige baltische nationalistische Bewegung wird von den westlichen Medien und den meisten selbsternannten Linken als ein edler Kampf für Demokratie und Freiheit hingestellt, symbolisiert durch kleine Mädchen in Volkstrachten, die Kerzen und Fahnen der „unabhängigen Republiken“ vor 1940 tragen. Wir haben davor gewarnt, daß

Mordmaschine anschlossen. Was wird wohl als nächstes in *International Viewpoint* erscheinen? Ein Aufruf für die Rehabilitierung von General Wassow, einem Überläufer von der Roten Armee, dessen „Russische Befreiungsarmee“ im Namen des „Antibolschewismus“ unter der Wehrmacht kämpfte?

Mandels VS ist schamlos opportunistisch und wüst impressionistisch, und es neigt zu extremen politischen Zickzacks. Aber hier geht es um reine Hetze. Selbst die antikommunistische bürgerliche Presse würde von einem derart offenen Salut für pogromistische konterrevolutionäre Terroristen die Finger lassen. Die Mandel-Anhänger behaupten zwar, Trotzlisten zu sein und irgendwie die Sowjetunion zu verteidigen, doch daß sie im Namen des „Antistalinismus“ den baltischen Faschismus zur eigenen Sache machen, hat eine Vorgeschichte. Mitte der 70er Jahre trabten Mandel & Co. dem Eurokommunismus hinterher und engagierten sich für prowestliche sowjetische „Dissidenten“ wie Andrej Sa-

The armed struggle against Stalinism in Estonia

IN THE AREAS forcibly incorporated into the Soviet Union in the Second World War, one subject remains extremely sensitive even under glasnost: the armed resistance to Soviet annexation. In Estonia, a prominent figure in the Estonian Historical Society, Mart Laar, was indicted for what he said about the „Forest Brothers“ in an article in the period of the Stalinist terror (see IV 157, February 20, 1989, for a translation). The Soviet central press continues to cry scandal about any defense of the „Forest Brothers“, and this is an element in the intensified polemics about the Baltic peoples' movements.

The following article from the June 1989 issue of *Postipois*, the monthly paper of the Estonian People's Front in the Estonian independent state of 1918-1940, is a detailed account of the armed resistance to the Soviet occupation of Estonia.

HERBERT LI

International VIEWPOINT

18 September 1989

ANY HISTORY HAS TO START FROM THE FACT that the Estonian republic was an independent state from 1918 to 1940, until the conquest of the Red Army in 1940.



YIVO Institute

International Viewpoint vom Vereinigten Sekretariat verteidigt estnische „Waldbrüder“. Sie behaupten, diese Nazi-Kollaborateure führten einen „Befreiungskampf“. Im Todeslager von Klooga wurden 3000 Menschen vernichtet, die Hälfte von ihnen Juden aus dem Wilnaer Getto in Litauen

diese Bewegung auf eine konterrevolutionäre Restauration des Kapitalismus abzielt, daß diese Fahnen für faschistoide Diktatur, Antisemitismus und Antikommunismus stehen. Wie wir letzten Monat berichteten, haben estnische Nationalisten vor kurzem in der Stadt Kautla öffentlich eine Bande von Nazi-Kollaborateuren im Zweiten Weltkrieg geehrt, die Gruppe Abwehr-2-„Erna“, die mit deutscher Unterstützung in Finnland organisiert worden war. Sie errichteten ein Denkmal an der Stelle einer ehemaligen Nazi-Gedenkstätte („Stoppt die baltische Konterrevolution!“), *Spartakist* Nr. 63, September/Okttober 1989).

Jetzt setzt Lindmae all dem noch eins drauf – und die Mandelianer posaunen diese Verherrlichung des Faschismus schamlos hinaus. Der Artikel endet mit der Forderung, die sowjetische Regierung solle diese baltischen Nazi-Kollaborateure rehabilitieren! Er bejammert, daß das vom Obersten Sowjet Anfang des Jahres verabschiedete Gesetz, das die Urteile von Stalins Schauprozessen aufhob, „nicht für Vaterlandsverräter und Strafbataillone während des Großen Vaterländischen Krieges, für Naziverbrecher, Mitglieder nationalistischer Banden, deren Ableger und so weiter gilt.“ Und er kommt zu dem Schluß: „Auch solche Personen müssen als rehabilitiert gelten.“

Als Feigenblatt im letzten Absatz verurteilt Lindmae „summarische Exekutionen“ und die Teilnahme an „massiver Repression außerhalb der Grenzen der estnischen Republik“ – er ist sich sehr wohl bewußt, wie es die estnischen Nazis nach Lettland und Litauen zog, um sich dort an der Massenvernichtung von Juden zu beteiligen. Aber dies ist ein Aufruf zur Rehabilitierung praktisch aller faschistischen Mörder, bewaffneter antikommunistischer Kommandos und nationalistischer Banden, die an der Seite der Nazi-Besatzer kämpften und sich dann der SS-

charow, der zum imperialistischen Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR aufrief. Dann verherrlichten sie die Klerikalnationalisten der polnischen Solidarność, deren große Heldengestalt Marschall Pilsudski ist, der faschistoide Diktator Polens in den 20er und 30er Jahren.

Mandel & Co. bejubeln die Nazi-„Waldbrüder“; wir im Gegensatz dazu ehren die wirklichen estnischen Freiheitskämpfer, die Soldaten des estnischen Achten Schützenkorps der Roten Armee, in dem auch 250 Juden kämpften. Im Juni 1944 halfen diese Esten ihre Heimat von den Nazi-Schlächtern und deren Kollaborateuren, den „Waldbrüdern“, zu befreien.

Heute eröffnen sich Möglichkeiten für die politische Revolution in den deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten. Solidarność hat vor – im Bunde mit Jaruzelski –, den polnischen Arbeitern kapitalistische Austerität durch einen „kurzen scharfen Schock“ zu verpassen, nur das Startsignal dafür, die historischen Errungenschaften der kollektivierte Wirtschaft zu demontieren. Auf der Tagesordnung steht ein wirklicher Kampf der polnischen Arbeiter in den Gewerkschaften der Stalinisten wie auch in Solidarność. Notwendigerweise beginnt dieser Kampf mit ökonomischen Sofortforderungen fürs Überleben, aber gleichzeitig eröffnet er implizit die Perspektive eines Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind die sowjetischen Arbeiter dabei – auch in den Ostsee-Republiken –, sich als eine unabhängige soziale Kraft zu behaupten. Die Situation schreit nach einer revolutionären Führung, nach trotzkistischen Parteien, doch die glatten Zentristen sind für deren Aufbau eine Barriere, denn sie trotten eifrig den Illusionen und dem falschen Bewußtsein der Massen hinterher.

Übersetzt nach Workers Vanguard Nr. 486, 29. September 1989

Französische Trotzkinin spricht auf Kundgebung in Ostberlin

Am 17. November demonstrierten mehrere tausend Studenten aus der ganzen DDR vor der historischen Georg-Humboldt-Universität in Ostberlin. Sie forderten eine unabhängige Studentenorganisation. Eine studentische Genossin der Ligue trotskyste de France sprach von der Rednertribüne.

„1986 hatten wir einen großen Studentestreik. Gefehlt hat aber die Verknüpfung mit dem Proletariat. So ist es auch hier: Die ostdeutschen Studenten müssen sich mit dem Proletariat verbünden. Auf der Tagesordnung steht die politische Revolution. Politische Revolution heißt, die Bürokratie rauszuschmeißen. In Frank-

reich müssen wir eine sozialistische Revolution machen, hier eine politische Revolution. Wenn Ostdeutschland seine Revolution macht, wird Westdeutschland auch seine Revolution machen – es wird auf revolutionärer Basis eine Wiedervereinigung geben.“

„Wir erinnern uns an 1953, als die ostdeutsche Arbeiterklasse eine politische Revolution begann. Heute müssen wir das gleiche tun – und siegen.“ Sie rief zum internationalen revolutionären Kampf auf und bemerkte: „Hinter Deutschland steht auch Europa und die Welt.“ Zum Schluß übermittelte sie Grüße im Namen der Internationalen Kommunistischen Liga.

Die proletarische Revolution und der Renegat Mandel

Am 6. November sprach Ernest Mandel bei einer Podiumsdiskussion über „sozialistische Demokratie“ in Ostberlin. Mandel ist nicht einfach ein linker Akademiker, sondern ein Häuptling des sogenannten „Vereinigten Sekretariats“. Dieser pseudotrotzkistische Haufen hat den „Guerrilla-Pfad“ in Lateinamerika zugunsten „respektablerer“ Anliegen aufgegeben: So unterstützten sie schon immer den antiproletarischen Mitterrand in Frankreich und bejubelten unter dem Anprall des zweiten Kalten Krieges die gelbe CIA-Gewerkschaft Solidarność sowie offene Faschisten in Estland. Der imperialistische wirtschaftliche und militärische Druck, kombiniert mit „Marktformen“, verbreitet ökonomisches Elend und nationalistische Konflikte vom Balkan bis zum Baltikum – Mandel aber behauptet, es gäbe keine Gefahr einer kapitalistischen Konterrevolution in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten.

Heute verkündet Lech Walesa offen das Ziel von Solidarność: Polen an die Imperialisten zu verkaufen. Aber anfangs zeigte seine „Bewegung“ nicht offen das Banner der kapitalistischen Restauration. Sie versuchten ihre Absichten mit den „klassenlosen“ Parolen von „Demokratie“ und „Unabhängigkeit“ zu verschleiern. Mandel ist wie Karl Kautsky ein Meister darin, marxistische Kategorien mit solch bürgerlich-demokratischem Inhalt zu füllen. Dadurch verschafft seine Organisation proimperialistischen Kräften wie Solidarność linke Flankendeckung, während CIA und SPD ihnen das Geld verschaffen.

Eine trotzkistische Intervention aus dem Publikum, die wir unten abdrucken, pranger-

te auf der Veranstaltung die Unterstützung des VS für die antisowjetische klerikale Reaktion in Polen und Estland an und stellte dem das Programm der Räte-demokratie entgegen. In seiner Antwort überhäufte Mandel Papst Wojtylas Lieblings„gewerkschaft“ von Pilsudski-Verehrern mit noch glühenderem Lob. Und als Modell pries er seine Schweizer Genossen an, die sich politisch liquidieren haben in einem Referendum von Sozialdemokraten/Grünen, die schweizerische Armee abzuschaffen. Man stelle sich vor: der bewaffnete Arm der Bourgeoisie soll sich per Stimmabgabe abschaffen lassen.

Mandel plädiert wie SPD/SDP für das, was diese „pluralistische Demokratie“ nennen. „Pluralismus“ ist ein Kodewort des Kalten Krieges für die Freiheit kapitalistisch-restaurativer Kräfte, um die Macht zu wetteifern. Klar im Gegensatz dazu stand Trotzki's Programm für proletarische politische Revolution, die die Arbeiterdemokratie wiedererrichtet: Arbeiterräte (Sowjets) sollten nur die Parteien umfassen – ausgewählt von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten –, die die sozialistische Ordnung unterstützen und verteidigen. Das war das Programm der ungarischen Arbeiterräte im Arbeiteraufstand 1956, und es ist unser Programm heute.

Ich habe eine Frage zur sozialistischen Demokratie. Dazu muß ich jedoch erst etwas

erklären.

Meiner Meinung nach hat der Begriff sozialistische Demokratie zwei Bedeutungen: Für die Sozialdemokratie ist es ein Kampfbegriff zur Zerstörung der Arbeiterstaaten, wie die DDR. Für die Stalinisten ist es eine Phrase für die Herrschaft der Bürokratie. Man muß die Frage stellen: Welche Demokratie? Welche Klasse soll herrschen? Meiner Meinung nach muß man klar sagen: Für Arbeiterdemokratie!

Die Diskussionsbeiträge hier waren sehr beschränkt, sowohl historisch als auch international. Aber die Fragen, die hier angesprochen wurden, sind alle schon einmal diskutiert worden, nämlich 1917 und danach in der Sowjetunion. Es wird gesagt: „Von den sowjetischen Genossen lernen!“ Ja, aber man muß von den sowjetischen Revolutionären lernen, von Lenin und Trotzki, nicht von Stalin und seiner rechten Hand Bucharin und deren Kampf gegen die Linke Opposition.

In den ersten Jahren der Oktoberrevolution hat es in der Sowjetunion eine wirkliche Arbeiterdemokratie gegeben, die Herrschaft des Allrussischen Arbeiter- und Soldatenkongresses. Für solche wirkliche Arbeiterdemokratie, nicht bürgerliche Demokratie, kämpften Lenin und Trotzki. Und in Deutschland Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die für diese ihre Auffassungen von der SPD ermordet wurden, und mit ihnen wurden Tausende von Kommunisten

und Arbeitern in diesen Arbeiterräten abgeschlachtet. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kämpften für Arbeiterdemokratie gegen die sogenannte bürgerliche Demokratie der Nationalversammlung, Arbeiterdemokratie, das heißt die freie Wahl von Arbeiterparteien, die auf sozialistischer Grundlage stehen, und das erfordert die Unterdrückung der Konterrevolution.

Es gibt Leute, wie Mandel, die eine konterrevolutionäre Gefahr bestreiten, die eine faschistische Gefahr für Osteuropa bestreiten. Diese Leute haben 1981 in Polen die Konterrevolution von Solidarność unterstützt und unterstützen heute die Nationalisten in den baltischen Staaten, die mit der Abtrennung von der Sowjetunion eine kapitalistische Konterrevolution durchführen wollen. Und heute unterstützt die Gruppe von Mandel sogar die estnischen Faschisten und ihren Widerstand gegen die Rote Armee an der Seite der deutschen Imperialisten.

Meine Frage ist über die Stellung der Redner auf dem Podium zur sozialistischen Demokratie. Was wir brauchen, ist Arbeiterdemokratie, keine bürgerlichen Parlamente. Und die Volkskammer zu demokratisieren, wie hier vorgeschlagen wurde, ist ein Witz. Die Volkskammer ist doch nur die Karikatur auf ein bürgerliches Parlament.

Außerdem kann man hier viel über sozialistische Demokratie reden. Was aber gebraucht wird, ist die Enteignung der Frankfurter Banken, des Reichtums in Westdeutschland. Die Frankfurter Banken sind es doch, die Polen und Ungarn ausgeplündert haben und jetzt mit der DDR das gleiche vorhaben. ■

Wann war der sowjetische Thermidor?

1923, am sechsten Jahrestag der Oktoberrevolution, öffnete das Triumvirat J. W. Stalin, G. Sinowjew und L. Kamenjew, unter enormem Druck, die Seiten der *Prawda* für eine freie Debatte innerhalb der Partei – es sollte die letzte sein –, um den „Neuen Kurs“ zu diskutieren. Bis Mitte Dezember wurden viele Artikel veröffentlicht, die das Zentralkomitee kritisierten. Eine drohende Wirtschaftskrise und der wachsende Bürokratismus in der Partei hatten Leo Trotzki und andere in die Opposition getrieben. Eine Gruppe prominenter Bolschewiki, darunter W. Antonow-Owssejenko, E. Preobraschenski und Ju. Pjatakow, legte am 15. Oktober dem Politbüro ein Dokument vor, bekannt als die „Erklärung der 46“, das geradeheraus feststellte:

„Das Regime, das sich innerhalb der Partei gebildet hat, ist völlig unerträglich; es tötet die Eigeninitiative der Partei und ersetzt die Partei durch einen ausgewählten Beamtenapparat, der in normalen Zeiten reibungslos funktioniert, der jedoch in Krisenzeiten unweigerlich versagt und sich angesichts herannahender ernster Ereignisse als völlig unselbständig zu erweisen droht.“

Der zunehmende Bürokratismus hatte Lenin ernste Sorge bereitet. Im Dezember 1922 machte er einen Block mit Trotzki, um Stalin zu bekämpfen. Und in der Ergänzung vom 4. Januar 1923 zu seinem Testament schlug Lenin vor, Stalin als Generalsekretär abzulösen. Trotz Lenins klarer und eindringlicher Warnungen stimmte Trotzki auf dem 12. Parteikongreß im April 1923 einem Kompromiß zu, und Stalin durfte seinen Posten behalten. Lenins Testament wurde vor der Parteimitgliedschaft immer sorgfältig verborgen gehalten.

In der Diskussion, die der 13. Parteikonferenz vorausging, erhielt die lockere „trotzkistische“ Opposition bei lokalen Parteiversammlungen in Moskau und Petrograd 20 bis 30 Prozent der Stimmen und setzte sich in 67 von 346 Parteizellen der Industriearbeiter durch. Aber Stalin hatte den Apparat in der Hand, der die Delegiertenwahlen offen manipulierte. Bei der Konferenz, die wenige Tage vor Lenins Tod im Januar stattfand, hatte die Opposition nur 3 von 128 Delegierten. Der „Neue Kurs“ sollte eine Veränderung in

Richtung Arbeiterdemokratie sein; statt dessen sah man auf der Konferenz, wie Stalin und seine Günstlinge der Partei die Faust unter die Nase hielten.

Als Knüppel im Fraktionskampf benutzte Stalin im Dezember 1923 und danach das Argument, daß Trotzki nicht ein Teil der bolschewistischen „Alten Garde“ sei – dies sollte eine wichtige Rolle spielen bei dem Versuch, Trotzki's Rolle als Führer der Oktoberrevolution an der Seite Lenins herabzusetzen und ganz verschwinden zu lassen. 1917 wurde Trotzki für Lenins Auffassung über die Notwendigkeit einer bolschewistischen Partei gewonnen, und „von seither“, sagte Lenin, „gab es keinen besseren Bolschewiken“ (Rede vor dem Petrograder Komitee, 14. November 1917). In all den langen Jahren seines Exils, bis er von einem stalinistischen Agenten ermordet wurde, führte Trotzki einen Kampf, so kompromißlos wie Lenin ihn je geführt hat. Er kämpfte dafür, eine internationale kommunistische Avantgarde neu zu schmieden, in Opposition zu den Stalinisten, bei bedingungsloser militärischer Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus.

Als er rückblickend den Triumph der Bürokratie analysierte, benutzte Trotzki eine Analogie aus der Französischen Revolution, den Sturz der radikalen Jakobiner am 9. Thermidor:

„Das Proletariat ist sozial homogener als die Bourgeoisie, enthält aber doch eine ganze Reihe von Schichten, die sich besonders nach der Machtergreifung deutlich voneinander abheben, wenn sich die Bürokratie und eine mit ihr verbundene Arbeiteraristokratie herausbilden. Die Zerschlagung der Linken Opposition war unmittelbar gleichbedeutend mit dem Übergang der Macht aus den Händen der revolutionären Avantgarde in die der konservativeren Elemente der Bürokratie und der Oberschicht der Arbeiterklasse. Das Jahr 1924 war der Beginn des sowjetischen Thermidors.“ („Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“, 1935)

Nach dem Januar 1924 änderte sich alles: die Menschen, die die UdSSR regierten, die Art und Weise, in der die UdSSR regiert wurde, und die Ziele, für die die UdSSR regiert wurde. Die-

se Auffassung wird untermauert durch Material, das man in der 14bändigen *History of Soviet Russia* (Geschichte Sowjetrußlands) von dem bedeutenden Historiker E. H. Carr an mehreren Stellen findet. In *The Interregnum 1923-1924* hält Carr fest:

„Trotz ihres formal untergeordneten Status war die 13. Parteikonferenz im Januar 1924 ein Ereignis von größerer entscheidender Bedeutung in der Parteigeschichte als der 12. Kongreß, der ihr im April 1923 vorausgegangen war, oder als der 13. Kongreß, der im Mai 1924 auf sie folgte.“

Der Sieg der Bürokratie folgte der deutschen Niederlage im Oktober 1923 dicht auf den Fersen. Daß die Revolution nicht international ausgeweitet wurde, verschärfte enorm die wirtschaftliche Knappheit, hervorgerufen durch sieben Kriegsjahre. In seinem Buch *Verratene Revolution* (1936) zitiert Trotzki die Bemerkung von Marx, daß bei verallgemeinertem Mangel „der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“. Die Bürokratie entwickelte sich als Schiedsrichter in dem „Streit um das Notwendige“ und usurpierte die politische Macht von den

Massenorganisationen des Proletariats.

Die Usurpatoren konnten Lenin zwar nicht zu seinen Lebzeiten ins Gefängnis werfen, aber nach seinem Tode begruben sie Lenins Programm des proletarischen Internationalismus, das 1924 durch die stalinistische „Theorie“ vom „Sozialismus in einem Land“ ersetzt wurde. Genau diese Vorstellung war von Stalin selbst zurückgewiesen worden, in Vorträgen, die in der *Prawda* in Fortsetzungen veröffentlicht und April/Mai 1924 in einer Broschüre, *Grundlagen des Leninismus*, zusammengestellt wurden; doch in der Ausgabe der *Prawda* vom 20. Dezember 1924 ging Stalin mit seiner neuen Linie in Druck, und die erste Auflage seiner Broschüre wurde anschließend aus dem Verkehr gezogen. Im Laufe der nächsten anderthalb Jahrzehnte wurden die Kader der Partei Lenins physisch liquidiert, und die kommunistische Internationale wurde zu einem Instrument des Kreml gemacht, das die Revolutionen anderer Länder verraten sollte.

Um die Sowjetunion auf Lenins Weg zu bringen, müssen bewußte Arbeiter auch wissen, wann die qualitative Abweichung von diesem Weg stattfand. ■



Bulletin Nr. 52/53, Oktober 1936
Schlagzeile: „Der Moskauer Prozeß – Prozeß gegen den Oktober“
Bildunterschrift: „Die wirklichen Angeklagten“

Bulletin der Opposition (Bolschewiki-Leninisten)

Das vollständige russische *Bulletin der Opposition* ist eine Primärquelle, dokumentarische Aufzeichnung des Kampfes der Bolschewiki-Leninisten in der Periode von Leo Trotzki's Verbannung aus der Sowjetunion 1929 bis zum August 1941. Das *Bulletin* sprach die dringenden programmatischen Fragen an, mit denen Revolutionäre angesichts des Zweiten Weltkriegs konfrontiert waren – Hitlers Aufstieg zur Macht, die Volksfront, die Verteidigung der Sowjetunion. Trotzki war Redakteur des *Bulletin*, das während dieser Periode am stärksten und direktesten von ihm beeinflussten Journals. Eine Anmerkung der Redaktion in der ersten Ausgabe hielt fest: „Das unmittelbare Ziel dieser Publikation ist es, dem praktischen Kampf der Sowjetrepublik für die Sache Marx' und Lenins zu dienen.“ Die letzte Ausgabe des *Bulletin* veröffentlichte einen Appell „Für die Verteidigung der UdSSR“.

Lest die wahre Geschichte des Kampfes der Trotzkiisten für die militärische Verteidigung der Sowjetunion, für Sowjetdemokratie und internationale proletarische Revolution!

Auf Russisch
Band I 1929-1930 Band III 1934-1937
Band II 1931-1933 Band IV 1938-1941

Herausgeber: Monad Press
Preis: US \$180 (Vier Bände inkl. Versand)

Zu beziehen über:
Spartacist, PO Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

Verteidigt DDR und UdSSR durch Weltrevolution!

Augenzeugenbericht: Heroisches Afghanistan

Am 27. Oktober in Hamburg und am 28. in Westberlin führte die TLD öffentliche Veranstaltungen durch mit einem Augenzeugenbericht aus Afghanistan. In Hamburg wurde unsere Veranstaltung von ca. 30 afghanischen klerikalen Reaktionären gestört mit einem klar vorhergeplanten Angriff. Die Störung begann, als der Redner ausführte, daß Unterstützer des Mudschaheddin-Führers Gulbuddin Hekmatyar in den 70er Jahren dafür bekannt waren, Säure auf Studentinnen in Kabul zu spritzen, die den Schleier nicht tragen wollten. Die

Zerschlagt CIA-Mörderbanden!

Reaktionäre weigerten sich sowohl, die Veranstaltung in geordneter Weise fortführen zu lassen, als auch den Raum zu verlassen. Wiederholt griffen sie sich Stühle und schwenkten sie mit der Absicht, diese als Waffen zu benutzen. Ein Führer der Störaktion knipste Bilder der Veranstaltungsteilnehmer mit einer Miniaturkamera.

In Westberlin haben wir die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt – in Zusammenarbeit mit Genossen von den Organisationen Rizgari, Halkevi und dem Türkenzentrum –, um eine Wiederholung solcher Störaktionen zu verhindern. Das Ergebnis war eine sehr erfolgreiche Veranstaltung mit etwa 60 Teilnehmern; viele von ihnen kamen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Nachfolgend drucken wir Auszüge aus der Präsentation in Westberlin ab.

Ich war im Juli in Afghanistan. Ich konnte Zeuge davon sein, wie afghanische Frauen und Männer kämpfen gegen die konterrevolutionären Mudschaheddin, die vom CIA bezahlt werden und versuchen, ihre Macht dem Land aufzuzwingen. Ich will euch ein Gefühl geben, wie das Leben in Afghanistan aussieht und was die politischen Fragen in diesem Bürgerkrieg sind. Ich will auch etwas darüber sagen, was die bürgerliche Presse beschreibt als „Tod des Kommunismus“, was in Wirklichkeit die Krise des Stalinismus ist, d. h. der bürokratischen Degeneration des Kommunismus.

Heute in Afghanistan können kleine Mädchen zur Schule gehen und lesen und schreiben lernen. Man sieht viele Frauen, die herumgehen ohne den Tschador, den Schleier, und die westliche Kleidung tragen. In der Staatsverwaltung und an der Universität sind viele Frauen. Hekmatyar Gulbuddin, einer der Hauptführer der konterrevolutionären Banden, ist Anfang der 70er Jahre dafür bekannt geworden, daß er an der Universität Kabul Mädchen, die es wagten, den Schleier abzulegen, Säure auf Beine und Gesicht schütten ließ. Der Konflikt in Afghanistan ist wirklich ein Kampf zwischen sozialem Fortschritt und feudaler Reaktion.

Ich hatte die Freude und das Vergnügen, am 7. Juli in Jalalabad zu sein bei dieser Demonstration, an der 5000–10 000 teilnahmen, die durch die Straßen von Jalalabad marschierten. Es war eine Feier des Sieges gegen die Mudschaheddin. Weil die Stadt Jalalabad vier Monate lang unter Belagerung und unter ständigem Bombardement stand durch die Mudschaheddin, die natürlich unterstützt wurden von pakistanischer Artillerie. Die bürgerliche Presse war richtig scharf, als die Mudschaheddin Jalalabad angriffen. Jalalabad werde in 48 Stunden fallen. 48 Stunden gingen vorbei. Und 72 Stunden gingen vorbei. Dann waren es eine Woche, dann zwei Wochen, dann drei Wochen, dann ein Monat, dann zwei Monate und Jala-



Erfolgreiche Veranstaltung der TLD, Westberlin, 28. Oktober. Der Redner, IKL-Sonderkorrespondent für *Le Bolchévik/Workers Vanguard*, berichtete über seinen Aufenthalt im heldenhaften Jalalabad

labad fiel einfach nicht. Die Mudschaheddin wurden bei Jalalabad gründlich zerschlagen.

Nun, die afghanischen Regierungstruppen setzten manche Waffen ein, die technisch gesehen überholt waren. Sie hatten Antonow-12-Flugzeuge mit Propellerantrieb. Aber die haben einen Vorteil: es sind große Flugzeuge, und sie können ziemlich hoch fliegen. Als die Mudschaheddin ihre Kräfte um Jalalabad zusammenzogen, konnten diese Flugzeuge sie von hoch oben bombardieren. Dort konnten die von den USA gelieferten Stinger-Raketen sie nicht erreichen.

Es gibt einen Roman „Red Storm Rising“, ein Phantasie-Roman über Politik. In diesem Roman erklärte ein Mudschaheddin: „Wir fürchten uns nicht vor den Russen, nur vor ihren Hubschraubern.“ Ich bin in einigen afghanischen Hubschraubern geflogen, und ich kann euch erzählen, die Mudschaheddin haben vor den afghanischen Hubschraubern ebensolche Angst.

Ich erzähle euch das, weil es in Afghanistan einen Bürgerkrieg gibt. Und die Regierungsseite gewinnt diesen Bürgerkrieg. Wir sind sehr glücklich darüber. Aber der sowjetische Rückzug war ein Verrat. Wenn es auch stimmt, daß die afghanischen Truppen und ihre Unterstützungskräfte jetzt auf eigenen Beinen stehen können und gegen die Mudschaheddin gewinnen, so ist das nicht eine Sache, die permanent so sein muß. 1979 war die Regierungsseite nicht in der Lage, gegen die Mudschaheddin zu gewinnen. Sie mußten um eine sowjetische Intervention bitten, um die Mudschaheddin zu stoppen. Die zehnjährige Präsenz von sowjetischen Truppen hat viel Gutes gebracht, um eine richtige afghanische Armee aus trainierten Leuten aufzubauen, und auch den Anfang einer afghanischen Arbeiterklasse. Auf der anderen Seite haben die Mudschaheddin, die im wesentlichen von den Imperialisten bezahlte Söldner sind, eine unglaubliche Menge von Geld und Waffen von den verschiedenen imperialistischen Ländern bekommen, von den USA, von all den NATO-Staaten, aber auch aus Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan usw.

Als ich im Juli in Kabul war, schlugen jeden Tag Raketen in der Stadt ein und brachten Menschen um. Diese Bombardierungen wurden mit speziellen Raketen gemacht, die sich gegen Personen richten und nicht Gebäude zerstören können. Wir haben einen Kindergarten besucht, und dort hatte es keine Opfer gegeben, weil die Rakete, die vor dem Kindergarten runtergekommen war, in

einiger Entfernung explodierte. Diese Typen nennen sich „Heilige Krieger“. Als einer von ihnen, ein ägyptischer Söldner, vor das Pressekorps geführt wurde, stellte ich ihm eine Frage: „Was findest Du so heilig daran, in diesem Krieg Kinder und wehrlose alte Menschen und Frauen umzubringen?“ Das ist, was die Mudschaheddin hauptsächlich machen. Wenn sie auf die afghanischen bewaffneten Streitkräfte stoßen, dann sieht es natürlich ein bißchen anders aus. Wie z. B. Jalalabad bewiesen hat.

Ich war da an dem Tag, an dem der Sieg gefeiert wurde. Dies war eine sehr bewegende und freudige Demonstration. Da waren Soldaten, bewaffnete Milizionärinnen und Milizionäre, es waren Moslems, Sikhs, Hindus, alle feierten zusammen den Sieg. Die meisten Milizionäre waren ganz junge Männer, 14-, 15-, 16jährige. Sie trugen sehr stolz ihre Kalaschnikow. Das war keine Pose, sie haben in der Schlacht um Jalalabad wirklich gekämpft.

Am Ende des Tages in Jalalabad trafen sich die Journalisten mit dem Gouverneur des Gebietes, der auch der Vorsitzende des Verteidigungsrats der Provinz war. In Afghanistan ist die Kampagne zur Verteidigung der

Zivilbevölkerung von Jalalabad, die wir über mehrere Monate durchgeführt haben, bekannt. (In Westdeutschland und Westberlin wurde sie vom Komitee für soziale Verteidigung durchgeführt. – d. Red.) Denn der Verteidigungsrat von Jalalabad veröffentlichte eine Dankadresse, die wir auch in *Workers Vanguard* abgedruckt haben. Dies wurde auch über Radio durchgegeben. Einmal war ich in einem Bus mit afghanischen Fernseh-Arbeitern, die unterhielten sich und ich sagte, ich sei gerade aus Jalalabad gekommen, da sagte der eine: „Ach ja, Jalalabad, ich habe etwas gelesen, da gab es doch eine Verteidigungskampagne, die in Amerika und Europa durchgeführt worden war.“

Als ich in Jalalabad auf der Pressekonferenz mit dem Gouverneur war, kamen die Journalisten alle zum Gouverneur, zu jedem sagte er dann „Guten Abend“ und „Wie geht es Ihnen?“ Als ich kam, da sagte er: „Ah, Partisan!“ und umarmte mich herzlich. Ich kann euch berichten, wo viele von euch die Kampagne unterstützt haben, daß unsere Arbeit in Afghanistan nicht vergessen werden wird.

Die Lage in Afghanistan ist weiterhin sehr widersprüchlich, es ist ein sehr rückständiges Land und es bleiben eine Menge von Problemen. Wenn auch in den Straßen von Kabul viele Frauen ohne Schleier herumgehen, so gehen doch auch viele mit Schleier. Die Zahl der Mädchen, die in den Städten zur Schule gehen, hat sich vervierfacht, also von 2 Prozent auf 8 Prozent. Wenn man bei einem so niedrigen Niveau anfängt, dann sieht man, daß es ein enormer Fortschritt ist, aber nach wie vor ist die Lage nicht sehr gut. Bei kleinen Jungen waren es vorher 12 Prozent, jetzt sind es 24 Prozent. Was man sieht in den Straßen von Kabul, sind eine Menge von Kindern, die Wasser verkaufen, die um Geld betteln oder irgendwo etwas zu essen haben wollen. Kabul ist zwar die Hauptstadt, aber es gibt kein Kanalisationssystem, z. B. für die Toiletten. Es gibt eine Menge von flachen Häusern, die gebaut worden sind, um die Flüchtlinge aufzunehmen, die seit Beginn des Bürgerkriegs nach Kabul gekommen sind, und diese Häuser haben kein fließendes Wasser.

Die sowjetische Präsenz hat eine Menge getan im Sinne eines Aufbaus von Krankenhäusern, Waisenhäusern, Schulen. Der Hauptgrund, warum wir die sowjetische Intervention in Afghanistan begrüßt haben, ist ein anderer Punkt. Von allein kann Afghanistan nicht ins 20. Jahrhundert kommen. Die Kräfte der Reaktion in Afghanistan sind sehr mächtig. 1978 eroberte die Demokratische Volkspartei Afghanistans die Macht und versuchte, demokratische Reformen durchzuführen, wie etwa kleinen Mädchen die Möglichkeit zu geben, zu lernen. Man braucht kein Kommunist zu sein, um dafür einzutreten. Aber das ist natürlich etwas Ungeheures für all diese Kräfte der Reaktion in Afghanistan, diese Mullahs, diese Khane, die auf dem Land die Macht ausüben. Sehr schnell fühlte sich die Regierung in den Städten von einem Meer der Reaktion umzingelt, das von dem pakistanischen Diktator Zia ul-Haq unterstützt wurde. Hinter Pakistan stan-

Fortgesetzt auf Seite 11

Workers Vanguard/Le Bolchévik

Ein Land der Gegensätze: Frauen, von Kopf bis Fuß im Tschador verhüllt, vor Hubschrauber aus der Sowjetunion



Der Kampf für eine kommunistische Führung

Internationale Kommunistische Liga gegründet

Erklärung der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus, begleitet vom unausbleiblichen „Drang nach Osten“, bringt Faschismus und imperialistischen Krieg mit sich. Nur die sozialistische Weltrevolution kann die Menschheit vor einem neuen Holocaust bewahren; unverzichtbar dafür ist die Wiedergeburt von Trotzki's Vierter Internationale. Dieser Aufgabe verpflichtet, mit großem Stolz und der großen Verantwortung bewußt, erklärt die Trotzkistische Liga Deutschlands ihre Zugehörigkeit zur Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Gorbatschows Beschwichtigung des Imperialismus und der Kräfte der Konterrevolution innerhalb der Sowjetunion, nach Jahrzehnten stalinistischer Mißwirtschaft, bringt die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution in tödliche Gefahr. In der Sowjetunion gibt es tiefe Besorgnis über deren Zukunft und eine tiefgehende Identifizierung mit der Oktoberrevolution sowie intensives Interesse an den Gründen ihrer bürokratischen Degeneration. Unsere Forderung: „Die sowjetischen Archive gehören den Sowjetvölkern!“, trifft einen empfindlichen Nerv. Das Massaker in Peking hat die Frage der proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie direkt auf die Tagesordnung gestellt.

Die Verbindung zwischen der Verteidigung der Sowjetunion und der Befreiung unterdrückter Völker war ein Markenzeichen des Internationalismus der Komintern von Lenin und Trotzki. Unsere Verteidigung von eingewanderten Arbeitern und Flüchtlingen vor reaktionärem Terror, wie auch kürzlich unsere Kampagne, den Opfern unter der Bevölkerung Jalalabads gegen die CIA-gestützten Mörderbanden zu helfen, steht in dieser internationalistischen Tradition. Dieser Internationalismus fand Anerkennung in der ermutigenden Unterstützung dieser Kampagne durch Teile der arbeitenden Bevölkerung und der Linken, insbesondere aus Ländern, die vom Imperialismus unterdrückt werden.

Die IKL wurde gegründet nach einer Abstimmung im Internationalen Exekutivkomitee der internationalen Spartacist Tendenz am 13. Mai. Die Geschichte der TLD ist eng verbunden mit der Gründung der iST vor 15 Jahren. Die programmatische Grundlage für eine Interimskonferenz im Januar 1974, die zur Schaffung einer internationalen Spartacist Tendenz aufrief, war die Erklärung der Spartacist League/U.S. und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland. In der „Erklä-

rung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ von 1974, die die politische Basis für die Herauskristallisierung unserer Tendenz weiter bestimmte, schrieben wir: „In Deutschland werden für die Spartacist Tendenz erfahrene Genossen gewonnen aus der 1969 durchgeführten zentristischen und jetzt zerstückelten linken Abspaltung vom Vereinigten Sekretariat.“ Diese Genossen wurden insbesondere rekrui-

such der SS-Gräber in Bitburg enthielt. Die Mitglieder der TLD arbeiteten eine Zeitslang in anderen Sektionen der iST und sahen so die deutsche Realität von außen. Die Sektion wurde 1987 rekonstituiert. Als zentrale Aufgabe wurde die Schaffung wirksamer revolutionärer marxistischer Propaganda als Basis für Rekrutierung und Umgruppierung bestimmt. Seit unserer Rekonstituierung haben wir im *Spartakist* hartnäckig unsere revolu-



Banner der neu gegründeten Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auf dem jährlichen Fest von Lutte Ouvrière in Paris, Mai 1989

tiert über unsere proletarische Opposition zur Volksfront – durch die Erfahrung von Chile und nach dem Verrat an der potentiell revolutionären Situation in Portugal.

Als Aufgaben für Leninisten in Deutschland benannte die Erklärung unter anderem: „subjektiv revolutionäre Elemente unter den Tausenden von jungen linken Sozialdemokraten, Zentristen, Revisionisten und Maoisten programmatisch zu gewinnen“, und: „sich mehr als dreißig Jahre marxistischer Erfahrung und Analyse zu eigen zu machen, von denen die neue Generation deutscher revolutionärer Marxisten noch immer aufgrund des langen Bruchs in der Kontinuität teilweise abgeschnitten ist“.

Dieser Bruch in der Kontinuität lag nicht nur an der Zerstörung der gesamten organisierten Arbeiterbewegung und an der Ermordung von zentral wichtigen trotzkistischen Kadern durch die Faschisten und die Stalinisten. Vorgeblicher Trotzkismus in Deutschland, vertreten durch die pabloistischen Revisionisten, war in der nach rechts gehenden Sozialdemokratie jahrzehntelang versunken; sie intervenierten kaum in die Jugendradikalisierung Ende der 60er Jahre. Die TLD, die links-pabloistische Elemente gewann, war bei der Rekrutierung von Maoisten weniger erfolgreich. Das Gros der Studentenbewegung ging von der Peripherie der SPD (SDS) zum antisowjetischen Maoismus, ohne vom deutschen Nationalismus zu brechen; nach dem Zerfall des deutschen Maoismus tauchte die Theorie der „Supermächte“ wieder auf als der „Neutralismus“ der Grünen.

Seit Anfang der 80er Jahre kämpfte die TLD darum, sich angesichts des Wiederaufstiegs des deutschen Nationalismus neu zu orientieren. Die Internationale intervenierte hartnäckig (dabei betonte sie die Wichtigkeit des *Spartacist*, deutschsprachiges Organ der Tendenz). Aber ein nicht mehr zu tolerierender Punkt wurde erreicht, als die TLD ebenso wie die übrige westdeutsche Linke sich 1985 der Teilnahme am jüdisch organisierten Protest gegen Reagans und Kohls obszönen Be-

tionäre internationalistische Opposition gegen den wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus propagiert, gegen den rechten und den „linken“.

Auf den bedrohlichen Wiederaufstieg des organisierten Faschismus hat die SPD-dominierte DGB-Bürokratie, zusammen mit der reformistischen DKP und SEW, reagiert mit der gefährlichen Forderung an den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reiches, die Nazis zu „verbieten“. Im Gegensatz dazu kämpft die TLD für unabhängige Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Braunhemden zu zerschlagen. Beispielhaft für diese Strategie war die erfolgreiche Massenmobilisierung gegen den Ku Klux Klan am 5. November in Philadelphia/USA, deren Aufruf eine Reihe von bedeutenden Unterstützern aus Westdeutschland und Westberlin hatte.

Im Kontext des aufsteigenden deutschen Nationalismus hat das zutiefst diskreditierte Kohl-Regime auf seiner rechten Flanke an die Faschisten Boden verloren. Dies eröffnet für SPD/Grüne die Möglichkeit, 1990 eine Regierung in Bonn zu stellen. Aber die SPD/DGB-Spitzen sind zunehmend offen als Bullen und Streikbrecher für die Bourgeoisie aufgetreten. Dies ist unverhüllt zu sehen bei den kämpferischen Streiks in Rheinlanden und an der NATO-freundlichen, immigrantenfeindlichen Volksfront in Westberlin.

Die TLD hat auch beachtlichen Respekt gewonnen als die Trotzkisten, die die Sowjetunion in solchen Brennpunkten des Kalten Krieges verteidigten wie Afghanistan und Polen, während die Pseudotrotzkisten hinter der antisowjetischen Sozialdemokratie hertraben. Der Stalinismus löst sich international in verschiedene Strömungen auf, die alle den Kommunismus und sogar den Klassenkampf zurückweisen. Diese Parteien in Westdeutschland und Westberlin, DKP und SEW, sind in Auflösung und finden es zunehmend schwierig, ihren drei Herren zu dienen, Bonn, Ostberlin und Moskau.

Die Stalinisten möchten die Teilung Deutschlands innerhalb der Grenzen einfrieren, die in Potsdam festgelegt wurden; so händigen sie die nationale Frage an die Faschisten aus. „Das Programm der deutschen Bourgeoisie ist ein neues ‚Großdeutsches Reich‘ für das deutsche ‚Herrnvolk‘, Rassismus gegen Juden und Türken und ‚Lebensraum‘ im Osten, d.h. die Auslöschung der Arbeiterstaaten“ („Der unheilvolle Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 11, Winter 1983/84). Gegen den Revanchismus der deutschen Bourgeoisie und ihrer „linken“ Diener stellen Trotzkisten ein kommunistisches Programm, das die aufständischen Ostberliner Arbeiter im Juni 1953 zum Sieg hätte führen können: Für die *revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands* durch soziale Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten als Teil der Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa.

Die deutschen Spartakisten erklärten sich 1918 zu Kommunisten, weil sie erkannten, daß das Schicksal der Russischen Revolution mit dem der deutschen unlösbar verbunden ist. Unsere Tendenz trägt das internationalistische Banner von Lenin, Luxemburg und Liebknecht vorwärts. Wir erklären, daß wir die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga sind, Leuchtturm für diejenigen, die den Weg zu einer kommunistischen Zukunft suchen. „Deutschland spielt eine führende Rolle für Europa – zum Sozialismus oder zur Barbarei“, erklärte die iST 1982. Die TLD ist entschlossen, die revolutionäre Führung zu schmieden, die die Arbeiter und die Unterdrückten zum Sieg der sozialistischen Revolution führen kann.

Nach Workers Vanguard Nr. 479, 9. Juni

Vor 50 Jahren verkündete Leo Trotzki, Lenins Kampfgenosse und Gründer der Roten Armee, die Gründung einer neuen Internationale, die das authentisch leninistische Programm voranbringen sollte. Dieses wurde von der Kommunistischen Internationale unter der Vorherrschaft von J. W. Stalin und seiner antirevolutionären bürokratischen Clique preisgegeben und in den Dreck gezogen. Die IKL kämpft heute dafür, die Vierte Internationale wiederzuschmieden.

Als der herannahende zweite imperialistische Weltkrieg seine Schatten vorauswarf, warnte Trotzki immer dringender: die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Weltrevolution sind überreif; doch um den verfallenden Kapitalismus im Weltmaßstab aus den Angeln zu heben und eine sozialistische Weltordnung zu errichten, fehlt eine wirkliche revolutionäre Führung an der Spitze der Arbeiterklasse. Die Ausbreitung der faschistischen Barbarei und der drohende Weltkrieg waren nicht die einzigen tödlichen Gefahren, denen die Arbeiter der ganzen Welt in diesem entscheidenden Augenblick gegenüberstanden. Es stellte sich auch direkt die Frage des Überlebens der Sowjetunion und der weiter bestehenden Errungenschaften des Oktober.

Heute stehen diejenigen, die gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung in einer Periode kämpfen, die ohne Frage der Kriegsvorbereitung gehört, wieder vor derselben schmerzhaften Krise der Führung, aber in einer anderen Situation. Die Widersprüche der sowjetischen Gesellschaft und die Probleme des chinesischen revolutionären Kampfes, beide von Trotzki hervorragend analysiert, sind mit aufgestauter Wucht ausgebrochen. Die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat sicher nicht den Grad an sozialistischem Bewußtsein und Organisation, den sie in den 20er und 30er

Fortgesetzt auf Seite 8

Kontaktadressen

Hamburg: TLD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 8 82 39 64

Spartakist-Treffpunkt und Leseraum:

Halkevi
Kottbusser Damm 74
2. Stock
U-Bahn Hermannplatz
Westberlin

geöffnet: Mo–Fr 17–20 Uhr
Sa–So 14–21 Uhr
geschlossen: 2. Dezember 1989
17. Dezember 1989

IKL...

Fortsetzung von Seite 7

Jahren besaß. Dies sind die Früchte von Stalins Terrorherrschaft in der Sowjetunion, dem wiederholten Verrat an entscheidenden revolutionären Gelegenheiten und dem Mörder an prokommunistischen Kämpfern von China bis Spanien, Griechenland, Chile und Iran. Der Stalinismus hat Millionen von Antikommunisten produziert, und menschlicher Fortschritt wird mit der Idee des Kommunismus allgemein in relativ geringem Maße identifiziert. Doch die Funktionsweise des kapitalistischen Imperialismus bringt auf der ganzen Welt Millionen von subjektiven Kommunisten hervor – viele sind sich schmerzhaft darüber bewußt, daß eine authentisch kommunistische Führung fehlt, und das Programm des Leninschen Internationalismus kann große Wirkung erzielen.

Das Land des Oktober ist in großer Gefahr – Alle Macht an Arbeiter-sowjets!

Wir sehen unter Gorbatschow den Versuch, die sowjetische Wirtschaft dahingehend „umzustrukturieren“, daß mächtige Kräfte zur kapitalistischen Restauration ermutigt werden, und das Ganze wird kombiniert mit einer „Diplomatie“ der anscheinend grenzenlosen Beschwichtigung gegenüber dem Imperialismus. Sie fordert in Afghanistan einen blutigen Preis (obwohl die Belagerung von Jalalabad durch die Mudschaheddin offensichtlich zurückgeschlagen wurde, sehr zur Bestürzung der amerikanischen Politstrategen und der pakistanischen Annexionisten), und sie droht verheerende Auswirkungen zu haben auch auf die arbeitenden Menschen von Nicaragua über das südliche Afrika bis Indochina. Jetzt drohen die nationalen Gegensätze in der UdSSR das Land der Oktoberrevolution auseinanderzureißen – dies wird durch die jüngsten „Reformen“ angespornt, „Marktsozialismus“ genannt, die die reicheren Republiken dazu ermutigen, größere Autonomie von ihren ärmeren Nachbarn anzustreben; aber sie wurden auch durch Jahrzehnte von großrussischem Chauvinismus der Bürokratie genährt. Vor diesem Hintergrund können die Losung „freie Wahlen“ und Agitation für „nationale Unabhängigkeit“, besonders in den baltischen Republiken, nur ein durchsichtiger Deckmantel sein für das Programm der kapitalistischen Restauration. Besonders bedrohlich wäre die Ausbreitung der nationalistischen Unruhen auf die Ukraine. Die Antisemiten der einheimisch russischen Faschisten von „Pamjat“ sind bedrohlich gewachsen unter dem Schutz von Elementen der Bürokratie. Heute stellt die weitere Existenz der bürokratischen Kaste, Stalins Erben, eine unmittelbare und direktere Bedrohung für die Errungenschaften des Oktober dar als je zuvor: Es geht um nichts Geringeres als Bürgerkrieg. *Nur* dadurch, daß die arbeitenden Menschen ihren Staat zurückbekommen, d. h. durch die Herrschaft von Sowjets (Arbeiter- und Soldatenräten), kann das egalitäre Bewußtsein (der Gedanke, daß niemand von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben soll), das in Teilen der sowjetischen arbeitenden Massen weiterhin tief verwurzelt ist, mobilisiert werden im entscheidenden Kampf, die Oktobererrungenschaften zu verteidigen.

Die Auswirkungen des sogenannten „Marktsozialismus“ zeigen sich deutlich in Osteuropa. In Polen eröffneten krasse Mißwirtschaft und plumpe Repression durch die stalinistische Bürokratie den Weg dafür, daß die Beschwerden der Arbeiter in eine reaktionär-klerikalistische gelbe Gewerkschaft kanalisiert wurden, im Interesse des für „freie Gewerkschaften“ tätigen CIA sowie der westlichen Bankiers und des Vatikan. Jeder Führer von Solidarność ist und war seit 1981 ein Verräter an der Arbeiterklasse im Interesse des NATO-Imperialismus. Das polnische Regime und Solidarność verkaufen heute das Land an den IWF und sind bereit zuzulassen, daß die historischen Zentren der Arbeiterklasse – die Arbeiter der Lenin-Werft, die Bergarbeiter in Katowice – zerstückelt werden. Die Saat des stalinistischen Schemas von „nationaler Autarkie“ ist jetzt aufgegangen – Nieder mit den stalinistischen

Nationalisten in Moskau und Ostberlin, die dem imperialistischen Weltmarkt gestatten, die Handelsbedingungen zwischen „brüderlichen sozialistischen“ Handelspartnern zu regeln! Schmiedet erneut die historische Bindung zwischen deutschem und polnischem Proletariat durch proletarisch-politische Revolution!

In China hat eine richtiggehende politische Revolution begonnen. Was als Studentenaufbruch um vage Forderungen für mehr Demokratie anfing, griffen die arbeitenden Menschen Pekings auf: sie gingen auf die Straße, um durch ihre enorme Anzahl den Einsatz von Truppen gegen die Demonstranten abzublocken. Einige Einheiten verbrüderten sich mit den Massen; andere Einheiten wurden hingeschickt, um das Volk niederzuschießen. Ungeheurer Groll hat sich bei den Gehaltsempfängern aufgestaut gegen die Nutznießer vom „Aufbau des Sozialismus mit kapitalistischen Methoden“ – eine ausgewachsene NEP. Die einzig progressive Lösung liegt in der Einheit Chinas unter proletarischer Führung. Und dies zeigt unmittelbar die direkte Notwendigkeit für eine revolutionäre, leninistisch-trozkistische Partei.

Stalin und Mao und all die Mini-Stalins und -Maos haben alles getan, was sie konnten, um „Kommunismus“ zu einem Schimpfwort zu machen, wenn es darum geht, das eigene Volk zu ermorden und kleine Konzessionen vom Imperialismus dadurch ergattern zu wollen, daß man seinen Handlager spielt, wie die Chinesen gegen Vietnam Amerikas militärischer Agent gewesen sind. Die Illusionen der chinesischen Studenten in „westliche Demokratie“ kommen teilweise daher, daß sie fälschlicherweise militanten Kommunismus mit Maoismus identifizieren – mit wirtschaftlichem Primitivismus und „Kasernenhofsozialismus“, mit dem Großen Sprung nach vorn und der Kulturrevolution. Gleichzeitig singen die demonstrierenden Studenten die *Internationale*.

Verfallender Imperialismus hat eine Verschnaufpause bekommen

Die kapitalistische Welt ist heute weiterhin durch die Zersetzung des kurzlebigen „amerikanischen Jahrhunderts“ geprägt: Aus der Verwüstung Europas und Japans im Zweiten Weltkrieg ging Washington als die vorherrschende kapitalistische Macht hervor, seine „neue Weltordnung“ bröckelte aber schnell wieder ab. Das fing an mit der Chinesischen

des kapitalistischen Europas einzunehmen, ist jetzt zur größten Schuldnation der Welt geworden. Seine lebensnotwendigen Industrieanlagen verrotten und seine Exporte konzentrieren sich zunehmend auf Rohstoffe und Agrarprodukte. Gleichzeitig hält dieser verwundete kapitalistische Koloß an seinem Bestreben fest, von Lateinamerika bis zum Persischen Golf der Weltgondarm zu sein, und er besitzt ein Atomarsenal, das die Welt hundertmal zerstören könnte.

Der wiedererstarke bürgerliche Antisowjetismus der 80er Jahre, eingeleitet durch Jimmy Carters heuchlerischen Kreuzzug für „Menschenrechte“ und hochgepeitscht unter den unverhohlenen Kalten Kriegern Reagan/Bush/Thatcher, warf ein Schlaglicht auf diese verwundete kapitalistische Koloß an seinem Bestreben fest, von Lateinamerika bis zum Persischen Golf der Weltgondarm zu sein, und er besitzt ein Atomarsenal, das die Welt hundertmal zerstören könnte.

Das westdeutsche Kapital will die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks durch massive wirtschaftliche Durchdringung unterminieren. Aber kapitalistische Restauration kann letztlich nicht „friedlich“ erreicht werden; die „Entspannungs“politik von deutscher Bourgeoisie, Sozialdemokratie und Grünen führt in Wirklichkeit zu blutiger Konterrevolution und imperialistischer Intervention in Mittel- und Osteuropa.

Heute sind die Kommunisten, deren Ziel die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und der Wiederaufbau der Gesellschaft auf einer neuen Grundlage ist, gleichzeitig die konsequentesten Verteidiger der Ideale der Aufklärung und der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution: für das Recht, Waffen zu tragen; für die Trennung von Kirche und Staat gegen das Aufzwingen von religiösem Fundamentalismus als einem politischen Programm; gegen Zensur, ob durch „Schöpfungs“anhänger, die den Unterricht über Evolution verbieten wollen, oder durch „Antipornographie“-Feministen, oder durch die Verbrennung von Salman Rushdies „gottelastlicher“ Roman; gegen die rassistische Todesstrafe; für die Befreiung der Frau. In Britannien, wo die bürgerliche Revolution früh stattfand und unvollständig war, sagen wir: Nieder mit der Monarchie, der Aristokratie, den Staatskirchen – Für einen freiwilligen Verband von Arbeiterrepubliken auf den Britischen Inseln! In Japan, wo die bürgerliche Revolution spät stattfand und von oben kam, fordern wir die Abschaffung des Kaisertums – Für eine japanische Arbeiterrepublik!

In einem Land, das nie eine erfolgreiche bürgerlich-demokratische Volksrevolution erlebte, besitzt der westdeutsche kapitalistische Staat eine Kontinuität, die über das Dritte Reich bis zurück zur Wilhelminischen Monarchie reicht. Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus hat in Verbindung mit Bonns Abschiebe- und Austeritäts-Politik das Wachstum der faschistischen Kräfte angeheizt. Westdeutschlands gutorganisierte Arbeiterbewegung, mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten, hat die Macht, die Faschisten zu zerschlagen. Um diese Macht zu entfesseln gegen die Sabotage der sozialdemokratischen Irreführer, ist es notwendig, eine internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, die mit dem trozkistischen Programm bewaffnet ist.

Krieg und Revolution

In seiner Schrift über den Imperialismus als Epoche des kapitalistischen Niedergangs zeigte Lenin, daß das System von Klassenbeziehungen jetzt (wie Marx analysiert hatte) zur Barriere für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden war, die zu Rivalität und Krieg zwischen den imperialistischen Mächten führt, um die Beute der Welt neu unter sich aufzuteilen. Der erste imperialistische Weltkrieg brachte den arbeitenden Menschen noch nie dagewesenes Leid und Massenabschlachten, und er enthüllte die meisten Sozialisten der Zweiten Internationale als feige chauvinistische Anhänger der imperialistischen Ambitionen ihrer „eigenen“ herrschenden Klassen. Aber die Niederlage im Krieg kann die Mutter der Revolution sein, und Lenin und die Bolschewiki, die eine harte revolutionäre Partei aufgebaut und mit den Sozialpatrioten schroff gebrochen hat-

ten, konnten die Unzulänglichkeit ihrer eigenen theoretischen Formeln überwinden (die die Möglichkeit der Arbeiterrevolution im rückständigen Rußland geleugnet hatten) und so auf der Basis eines internationalistischen Programms die kleine, aber kämpferische russische Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht führen. Diese historische Errungenschaft im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt führte direkt zur Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale. Ihr gelang es, die „sozialistischen“ Ansprüche der respektablen Herrschaften der Zweiten Internationale zu entlarven und auf jedem Kontinent die Loyalität der fortgeschrittenen Arbeiter und subjektiv revolutionären Kämpfer zu gewinnen.

Doch die internationale revolutionäre Welle, die die arbeitenden Massen von Deutschland bis Bulgarien mitgerissen hatte, ebte ab und wurde zurückgeworfen; dadurch, daß die Russische Revolution nicht ausgeweitet wurde und insbesondere die Revolution in Deutschland mit seiner mächtigen Arbeiterklasse eine Niederlage erlitt, blieb der junge sowjetische Arbeiterstaat isoliert. Welche Ursachen und künftigen Aus-



Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, Gründer der Roten Armee, Kämpfer gegen die stalinistische Usurpation der Revolution

wirkungen das Ende von diesem Zyklus revolutionären Kampfes hatte, faßte Trotzki in seinen *Lehren des Oktober* zusammen.

In der UdSSR war unter Bedingungen äußerster Armut und Demoralisierung, bei einer Arbeiterklasse, die durch den Bürgerkrieg dezimiert und erschöpft war, der Weg frei für die Entstehung einer konservativen Bürokratie als parasitäres Geschwür auf der Arbeiterklasse. Bis 1924 hatte sich diese bürokratische Kaste Selbstbewußtsein und ein Programm angeeignet: das in sich widersprüchliche Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ – die Antithese der leninistischen Perspektive des Internationalismus, der die Revolution belebt hatte. Dieses Programm – aufgebaut auf der Illusion, daß es für einen isolierten Arbeiterstaat über eine längere Periode möglich wäre, zu überleben und mit dem kapitalistischen Imperialismus zu koexistieren – bedeutete in Stalins Händen die Zerstörung der Kommunistischen Internationale als ein Instrument der Revolution und führte schließlich direkt zum Mord an allen Führern der Bolschewistischen Partei. An die Stelle von Sowjetdemokratie wurde ein monströser Apparat bürokratischer Kontrolle gesetzt: zuerst durch die stalinisierte Partei, dann durch die Stalin-Fraktion und schließlich durch Stalin mit Unterstützung von einer Handvoll Kumpanen, die nach den Säuberungsprozessen die ganze bolschewistische Alte Garde auslöschten.

Angefangen mit Chruschtschows „Geheimrede“ 1956 und mit neuem Schwung vorangetrieben unter Gorbatschows Glasnost sind Stalins Erben im Kreml immer mehr gezwungen gewesen, Stalins Verbrechen zuzugeben: die Brutalität der Zwangskollektivierung, die Deportationen und Hinrichtungen Oppositioneller, die Säuberung der Roten Armee am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Gorbatschows Glasnost widerspiegelt zum Teil das Heranwachsen einer neuen Generation sowjetischer Führer ohne persönliche Verantwortung für Stalins Untaten sowie das Wachstum einer neuen Schicht sowjetischer Akademiker und Büro-



Der Kampf für die Kontinuität des Kommunismus von Lenin und Trotzki: Das Bulletin der Linken Opposition (Bolschewiki-Leninisten)

Revolution und Amerikas darauffolgendem Schulterschuß mit seinem früheren Feind Japan, nun das Bollwerk gegen die Ausweitung der Revolution in Asien. Es setzte sich fort mit der Kubanischen Revolution und wurde unterstrichen von dem schmutzigen, zum Scheitern verurteilten Krieg, den Washington gegen die Bauern und Arbeiter von Vietnam führte. Der amerikanische Kapitalismus, bedrängt durch scharfe Handelsrivalität mit Japan und das Verlangen des wiederaufsteigenden deutschen Imperialismus, seinen „rechtmäßigen“ Platz als der Führer

kraten, denen die offensichtliche Verlogenheit der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung peinlich ist: Glasnost ist in erster Linie eine Antwort auf die hartnäckigen Probleme der sowjetischen Wirtschaft. Der Ruf nach „Offenheit“ in der politischen Diskussion soll im wesentlichen Hilfsmittel für Perestroika sein, die „Umstrukturierung“ der Wirtschaft im Einklang mit marktwirtschaftlichen Kräften. Vielfach und nicht sehr geheim steht das Thema zur Debatte, die Reputation von Nikolai Bucharin und das wirtschaftliche Programm der Rechten Opposition aufzupolieren.

Doch die Gorbatschow-Anhänger haben nicht verhindern können, daß in den Diskussionen der „weiße Fleck“ par excellence aufgeworfen wird: die Gestalt Leo Trotzki. Selbst wo Stalins Erben ihre diskreditierten Lügen durch neue und andere Entstellungen ersetzen wollen, ist die Frage von Trotzki potentiell explosiv. Denn Trotzki – anders als Bucharin, der bis 1929 Stalins Blockpartner war – führte einen Kampf gegen Stalin und die Epigonen, mit dem Ziel, die von Sowjetrußland verfolgte Politik im Inneren und international wieder auf Lenins Kurs zu bringen.

auftauchen.

Die Linksoptionellen lehnten das selbstmörderische Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ ab und kämpften in den 20er Jahren dafür, die Perspektive der internationalen Ausweitung der Revolution durchzusetzen als die einzig wirksame Antwort auf Isolierung und kapitalistische Einkreisung des ersten Arbeiterstaats. Die Ereignisse in China, wo Stalins opportunistische Unterordnung der Kommunisten unter die verräterische bürgerlich-nationalistische Kuomintang von Tschiang Kai-schek zur Entthauptung eines mächtvollen revolutionären Kampfes führte, bestätigten Trotzki's Warnungen. Manche von Trotzki's Genossen glaubten zwar, daß diese Bestätigung zu Erfolgen für die Linke Opposition führen würde, doch Trotzki bemerkte: Eine erfolgreiche chinesische Revolution hätte das Klassenbewußtsein und Selbstvertrauen des russischen und internationalen Proletariats gestärkt, aber der Rückschlag im revolutionären Kampf würde Stalins Stellung nur festigen.

Die Internationale Linke Opposition, die sich 1930 nach Trotzki's Ausweisung aus der

Internationale hatte sich ein mächtiger anti-revolutionärer Apparat konsolidiert als ein neues Hindernis für die Revolution, disziplinierter und effektiver als die alte Sozialdemokratie. Die falsche Gleichsetzung von Stalinismus und Bolschewismus lieferte Stalin in der ganzen Welt disziplinierte politische Agenten; nur Stalin und vielleicht ein halbes Dutzend Kumpane (diese wurden im Laufe der Zeit ausgewechselt) wußten, worum es ging. Millionen, die loyal seine Diktate ausführten, einschließlich Mord an Trotzki'sten, glaubten die ganze Zeit, daß sie für Sozialismus kämpften.

1933 konstituierten sich die Trotzki'sten zur Internationalen Kommunistischen Liga (Bolschewiki-Leninisten), in Anerkennung der absoluten Notwendigkeit für eine neue, authentisch kommunistische Internationale, die Vierte Internationale. Trotzki sah korrekt voraus, daß die Gefahr des deutschen Faschismus geradlinig zum Krieg gegen die Sowjetunion führte. Als die innerimperialistischen Rivalitäten und Bündnisse Form annahmen, kämpften die Trotzki'sten gegen die Zeit, um die fortgeschrittenen Arbeiter dem Würgegriff der Stalinisten zu entreißen. Die Vierte Internationale wurde 1938 gegründet auf der Basis des Dokuments „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“ (das „Übergangsprogramm“) sowie der in „Krieg und die Vierte Internationale“ (1934) aufgezeigten Perspektive – kompromißloser revolutionärer Defätismus gegen alle kriegführenden, auch die mit der UdSSR verbündeten, Imperialisten, verbunden mit der revolutionären Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats.

Die Gründung der Vierten Internationale wurde von manchen abgelehnt, wie von Isaac Deutscher, der sie für verfehlt hielt. Trotzki bestand im Gegenteil darauf, daß der zweite imperialistische Weltkrieg, wie der erste, gesellschaftliche Erschütterungen in der ganzen kapitalistischen Welt und eine neue Welle internationaler revolutionärer Kämpfe auslösen würde. Er sagte auch voraus, daß das zerbrechliche System der stalinistischen Herrschaft in der UdSSR – das entstand, als man sich damit abfand, daß die imperialistische Weltordnung durch das Scheitern der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg eine Verschnaufpause erhielt – unter der Wucht des neuen Weltkriegs oder bald darauf zusammenbrechen würde.

Die Stichhaltigkeit von Trotzki's Voraussagen wurde tatsächlich bestätigt durch den anfänglichen Zusammenbruch der Roten Armee bei Hitlers Invasion sowie durch die stürmischen gesellschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa bei Kriegsende. In Italien und Griechenland war nackter Verrat der Stalinisten notwendig, um die linken Widerstandskräfte militärisch und politisch zu unterwerfen und die Macht wieder an die kapitalistische Klasse auszuhändigen (Titos Partisanen in Jugoslawien weigerten sich jedoch, Selbstmord zu begehen – sie führten eine eigenständige, auf die Bauernschaft gestützte Revolution zum Sieg und errichteten einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat). In Frankreich unterstützten die Stalinisten den

„nationalen Wiederaufbau“, um ein stabiles bürgerliches Regime wiederherzustellen. Die Notwendigkeit einer revolutionären Führung, die Trotzki unablässig betonte, wurde auf tragische Weise durch das bestätigt, was ohne diese Führung eintrat: die Stalinisten, die in Italien und Frankreich aufgrund ihres Widerstandes gegen die Nazis stärker wurden als je zuvor, wiegelten den revolutionären Kampf erfolgreich ab.

Für diesen Ausgang war es entscheidend, daß Stalin erfolgreich die Lüge verkaufte, der Zweite Weltkrieg sei für die alliierten imperialistischen Länder ein Befreiungskampf – er sei eine große Schlacht gegen Faschismus und für eine bessere Welt. Abscheu vor dem Faschismus war massenhaft verbreitet, aber Stalins Volksfrontpolitik – das Bündnis mit dem „demokratischen“ Imperialismus – verhinderte, daß die wachsende Stimmung gegen den Krieg vergleichbar war mit der massiven Radikalisierung des Ersten Weltkriegs. Die Lüge hatte Erfolg. Ein Krieg, der geführt wurde, damit der US-Imperialismus aus ihm als die vorherrschende imperialistische Macht hervorgehen konnte, als der kapitalistische „Weltpolizist“, der nach Dien Bien Phu zwei Jahrzehnte lang auf Vietnam den Tod niederregnen ließ – dieser Krieg wurde in der Bevölkerung akzeptiert als ein Krieg des Volkes gegen den Faschismus.

Trotzdem war der Sieg des anglo-amerikanischen imperialistischen Blocks ein bedingter Sieg. Die Rote Armee war es gewesen, die Hitlers Wehrmacht zerschlug; außerdem waren Hitlers osteuropäische Marionetten alle wie wild zum nächsten amerikanischen Hauptquartier gestürzt und hatten ein Machtvakuum zurückgelassen, das die vorstoßende sowjetische Armee rasch füllte. Die siegreichen Imperialisten mußten Europa mit Stalin teilen.

Der Krieg vernichtete die geringen Kräfte der Vierten Internationale – nachdem sie sich auf den Kampf gegen Faschismus und Krieg eingestellt hatten, wurden sie im Endeffekt militärisch besiegt. Die physische Vernichtung der Linken Opposition in der UdSSR wurde vervollständigt durch Trotzki's Ermordung 1940 in Mexiko durch einen stalinistischen Agenten. Eine große Anzahl von trotzki'sten Kadern in Europa und Asien wurde durch faschistischen Terror ausgelöscht. Daß die vielversprechendsten der jungen trotzki'sten Führer dezimiert wurden, war ein Faktor bei der Entstehung einer revisionistischen Strömung innerhalb der Vierten Internationale Anfang der 50er Jahre. Ebenso ein Faktor war die Passivität der amerikanischen Socialist Workers Party, eine relativ starke Partei, die von der engen Zusammenarbeit mit Trotzki profitiert hatte und die sich in einem Land befand, das vom wirklichen Gemetzel des Weltkriegs abgeschirmt war.

Die revisionistische Strömung, unter der Führung des impressionistischen Michel Pablo, gab die Perspektive der Arbeiterrevolution auf, um für eine Weile zu Entristen in den KPen und zu deren politischen Anhängseln zu werden. In Anbetung der vollendeten Tatsache, daß der Stalinismus weiterhin existiert,

Fortgesetzt auf Seite 10



1917 in Moskau: Rote Soldaten demonstrieren für den Kommunismus

Nowosti

gen. Die Politik, für die Trotzki von 1923 bis zu seiner Ermordung durch einen Schergen Stalins kämpfte, war die leninistische Alternative zu Stalin, dem „Totengräber der Revolution“. Heute ist der Weg Trotzki's das einzige Mittel für das Überleben der Sowjetunion.

Seit 1923 versuchten Trotzki und seine Unterstützer der Linken Opposition, gegen die Probleme der verwüsteten sowjetischen Wirtschaft anzugehen. Ihre Politik hatte zum Ziel, wieder ein Industrieproletariat herzustellen und die Gegensätze zwischen Stadt und Land durch ein Programm des industriellen Wachstums zu überwinden. Sie sagten voraus, daß Bucharin's Programm des „Sozialismus im Schnecken tempo“, das von Stalin umgesetzt wurde, die Kräfte in Richtung kapitalistische Restauration enorm stärken würde und daß die herrschende Clique schließlich gezwungen wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die von der Linken vorgeschlagen waren. Genau das trat ein. Aber anders als die Politik der Linken (freiwillige Kollektivierung mit dem Anreiz, die Landwirtschaft zu mechanisieren) war Stalins Version die jetzt berüchtigte brutale Zwangskollektivierung.

Fraglos machte die sowjetische Planwirtschaft selbst unter bürokratischer Führung einen ungeheuren Fortschritt, und ein modernes Land wurde im ehemals rückständigen Rußland geschmiedet. Trotzdem ist sogar nach 50 Jahren Trotzki's hervorragende Analyse der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft, *Die Verratene Revolution* (1936), weiterhin der Prüfstein für ein Verständnis des heutigen Rußlands. Nur die trotzki'sche Perspektive, durch eine proletarisch-politische Revolution die politische Entgeignung der Arbeiterklasse durch die privilegierte bürokratische Kaste rückgängig zu machen, kann die schöpferische und produktive Kraft der arbeitenden Massen der Sowjetunion freisetzen. Nur diese Perspektive kann die Probleme (z. B. Investitionen in Schwer- kontra Konsumgüterindustrie, Egalitarismus kontra „materielle Anreize“, zentrale Planung kontra lokale Kontrolle, das Problem der Qualität) lösen, die die sowjetische Wirtschaft immer wieder heimgesucht haben und die heute in verschärfter Form

UdSSR konstituierte, betrachtete sich selbst als eine gewaltsam ausgeschlossene Fraktion der Dritten Internationale, die dafür kämpft, diese auf einen revolutionären Kurs zurückzubringen. Aber als Hitlers Nazis 1933 auf dem Weg zur Macht waren – wegen der Furcht der Bourgeoisie vor einer Revolution der mächtigen, prosozialistischen deutschen Arbeiterklasse –, weigerten sich die Stalinisten zu kämpfen. Auch international löste diese Katastrophe keinen grundsätzlichen Kampf in den Kommunistischen Parteien aus. Die Trotzki'sten erklärten, daß die Dritte Internationale nicht zu reformieren war. Besonders mit der Verkündung der „Volksfront“-Politik 1935 – die systematische Perspektive eines Bündnisses mit den Parteien des sogenannten „demokratischen“ Imperialismus – war die Schlußfolgerung unausweichlich: für Revolutionäre war kein Platz in den stalinistischen Kommunistischen Parteien. Anstelle von Lenins revolutionärer

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert Spartacist die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.

<p>English edition No. 43-44 (56 pages) DM 3,-</p>	<p>Edition française n° 25 (48 pages) DM 3,-</p>	<p>Deutsche Ausgabe Nr. 13 (48 Seiten) DM 2,-</p>	<p>Edición en español No. 22 (16 páginas) DM 1,-</p>
---	---	--	---

Vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgirokonto Frankfurt 11988-601

IKL...

Fortsetzung von Seite 9

stierte, hatten sie entschieden, daß er vielleicht „Jahrhunderte“ lang bestehen würde. So beschlossen sie, daß eine „neue Weltrealität“ ihn dazu zwingen würde, eine „im großen und ganzen revolutionäre“ Rolle zu spielen, und damit die Notwendigkeit trotzkistischer Parteien hinfällig machen würde. Wenige Jahre später zerschlugen russische Panzer die Ungarische Revolution von 1956. Heute ist es ganz klar, daß die KPen keine solche revolutionäre Rolle in der Welt spielen,

ist für uns keine Dekoration, sondern die Achse unserer Theorie und unserer Politik.“ (Leo Trotzki, „Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition“, 7. September 1929)

Schon bei der Entstehung unserer Tendenz als linke Opposition in der amerikanischen Socialist Workers Party Anfang der 60er Jahre haben wir erkannt, daß nationale Isolierung jede subjektiv revolutionäre Gruppierung kurzerhand zerstören muß, besonders wenn sie dem Druck ausgesetzt ist, im Kernland des Weltimperialismus, in den USA, zu funktionieren. Wir sind stolz auf unsere 25jährige Tradition im Kampf für den authentischen Trotzkismus, und wir arbeiten

nen mit internationalen Verbindungen durch massive „Registrierungs“maßnahmen zu paralisieren: „Vom ‚Voorhis-Act‘“ „hat die Regierung – wohl wegen seiner offensichtlich verfassungswidrigen und widersprüchlichen Bedingungen – niemals Gebrauch gemacht: nur Revisionisten haben ihn gehandhabt.“ Das Voorhis-Gesetz wurde von den Revisionisten immer als bequeme Ausrede für Antiinternationalismus benutzt. Schon 1953, als die SWP noch am „orthodoxen Trotzkismus“ festhielt, aber davor zurückschreckte, gegen Pablo einen aggressiven internationalen Kampf zu führen, wurde das Voorhis-Gesetz zitiert, um ihre Passivität auf der internationalen Arena zu rechtfertigen. Diese Passivität hatte den Aufstieg von ungeduldrigen Impressionisten wie Pablo begünstigt.

Die erste Delegiertenkonferenz der internationalen Spartacist Tendenz fand 1979 in Britannien statt. Während des folgenden Jahrzehnts haben sich die Sektionen besonders in Europa entwickelt, und ihre Führungen haben sich gefestigt. Dies ist bei der Herausbildung der internationalen Tendenz ein Faktor von zunehmender Bedeutung geworden. Wenn wir heute darauf zurückblicken, wie sehr ein Jahrzehnt von bürgerlicher Reagan-Reaktion unsere amerikanische Organisation unter Druck gesetzt hat, müssen wir annehmen, daß die SL/U.S. eine schrullige und zerfallende amerikanische Sekte geworden wäre, wenn unserer Tendenz keine bedeutende internationale Ausweitung gelungen wäre.

Heute steht für unsere geringen Kräfte sehr viel auf dem Spiel. Was die internationale Spartacist Tendenz, jetzt die IKL, erreicht hat, ist bescheiden: unsere militanten Mobilisierungen von Arbeitern/Schwarzen gegen faschistische Provokationen in den USA – ein Ausdruck unseres konsequenten Verständnisses, daß der Kampf gegen Rassenunterdrückung für die amerikanische Arbeiterrevolution entscheidend ist – wurden enthusiastisch begrüßt, ebenso andere rechtliche und soziale Verteidigungsinitiativen des Partisan Defense Committee und seiner internationalen Partner; wir haben gegen jeden Schritt, den der US-Imperialismus gegen die lateinamerikanischen Massen unternahm, protestiert und für Nicaragua Geld gesammelt; bei einigen Teilen der kommunistischen Parteien in Westeuropa sind wir bekannt geworden als „die Trotzkisten, die die Sowjetunion verteidigen“; unsere offene Parteilnahme für die sowjetische Intervention in Afghanistan unter der Losung „Hoch die Rote Armee in Afghanistan – weitet die sozialen Oktobererrungenschaften auf die afghanischen Völker aus!“ wurde widerwillig bewundert von Elementen der westlichen KPen, die sich dem „eurokommunistischen“ Abdriften widersetzen wollten, das in Richtung stärkerer sozialdemokratischer Anpassung an die „eigene“ herrschende Klasse ging. Nach Gorbatschows feigem Rückzug aus Afghanistan schlugen wir eine internationale Brigade vor, um die Mudschaheddin, die „Heiligen Krieger“ des CIA, zu bekämpfen; als dieses Angebot nicht angenommen wurde, haben wir eine Kampagne durchgeführt, durch die wir in breiter Öffentlichkeit Geld sammelten für die Opfer unter der Zivilbevölkerung Jalalabads. Diese Arbeit trat auf unerwartet großzügige Unterstützung von Frauen und moslemischen Immigranten und anderen Minderheiten in vielen Ländern, sowie in stalinistischen Milieus. Bei unterdrückten nationalen Minderheiten haben wir Gehör gefunden, weil wir für die riesigen Gebiete der Welt, die durch imperialistische

Herrschaft deformiert werden, das Programm der „permanenten Revolution“ verteidigen – d. h. das Proletariat muß die Macht erobern, um selbst diejenigen demokratischen Aufgaben lösen zu können, die früher mit bürgerlichen Revolutionen verbunden waren. Dazu muß es unabhängig sein von der schwachen und feigen Bourgeoisie und den Ideologien des Nationalismus (besonders dem Nationalismus der Mehrheit) eine Perspektive der sozialen Befreiung entgegenstellen.

Revolutionäre Umgruppierungen auf der Basis des Programms des leninistischen Internationalismus sind der Weg, um das Mißverhältnis zwischen unseren geringen Kräften und unserer Aufgabe aufzuheben. Stalins Erben haben offensichtlich nicht die Fähigkeit, die Sowjetmacht zu verteidigen; seit 65 Jahren sind sie gleichzeitig der parasitäre Verteidiger und der konterrevolutionäre Desorganisator dieser Macht gewesen. Doch im gleichen Maße, wie sie dank ihrer Verbrechen im Namen des „Kommunismus“ diesen in Verruf gebracht haben, haben sie auch ihre Fähigkeit geschwächt, die Loyalität ergebener prokommunistischer Arbeiter in der ganzen Welt zu manipulieren. Nicht länger kann ein Stalin und sein halbes Dutzend bewußter Komplizen „monolithische“ Parteien einsetzen als Instrumente des klassenkollaborationistischen Verrats im Namen des „Aufbaus des Sozialismus“.

Unser Standpunkt ist die authentische kommunistische Tradition der Bolschewiki, die die Russische Revolution machten. Wir wählen den Kommunismus, dessen größter Lehrer in der imperialistischen Epoche Lenin war. Wir wählen den Kommunismus von Lenins Genossen Trotzki, der schon 1923 in Grundzügen überblickte, was getan werden mußte. Wir wählen den Kommunismus, den Stalin ganz und gar verraten hat, als er die Dritte Internationale absichtlich zerstörte. Wir wählen den Kommunismus einer neuen Vierten Internationale, die ein für allemal die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen und eine sozialistische Gesellschaft errichten wird, die auf der Perspektive der steten Ausweitung menschlicher Freiheit in allen Bereichen beruht: in Politik, Wirtschaft, Kultur und jeder Sphäre des persönlichen Lebens.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Wiederschmiedung einer kommunistischen Vierten Internationale, die aus wirklich kommunistischen Parteien auf jedem Kontinent besteht, mühsam und oft gefährlich sein wird, außer wenn es einen unerwarteten Aufschwung proletarischer Kämpfe gibt gegen die Bedingungen kapitalistischen Verfalls. Aber dies ist der einzige Weg vorwärts für die ganze Menschheit. Doch während wir versuchen, dem Programm unter den Arbeitern und Unterdrückten der Welt zum Durchbruch zu verhelfen, sehen wir durchaus, daß eine irrationale imperialistische herrschende Klasse, im Besitz der Technologie des nuklearen Holocausts, die Möglichkeiten verkürzt: Wir haben wahrscheinlich nicht viel Zeit.

Aber Erfahrung, nicht zuletzt bittere negative Erfahrung, kann auch ein überzeugender und anspornender Lehrer sein. Laßt uns lieber die Grundsätze und Praktiken von Genossen wie Lenin und Trotzki befolgen. So könnten wir um Monate oder Jahre die Zeit verkürzen, die wir brauchen für die notwendige Neubewaffnung der kommunistischen Bewegung.

Nachdruck aus Spartakist Nr. 62, Juni/Juli 1989

Zur Stalin-Biographie
15 Pf.
Praktiker aller Länder, vereinigt Euch!

Permanente REVOLUTION
Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)
(Sektion der Internationalen Linken Opposition)
Nr. 5 1. Jahrg. Verleger: A. Gnyewicz, Bin-Nahdlin, Bremerstr. 31, 2
Preis: 1,50 DM (1989) 1. Dezember 1983

Hände weg von der Sowjet-Union!

Zum 7. November

Gegen Faschismus — die Einheitfront der Arbeiterklasse!

SPARTACIST
deutsche Ausgabe Nr. 11 (Juli 1974) Die 1. 1974

Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale

Erklärung zum Internationalen Komitee..... 6
Der Kampf innerhalb des Vereinigten Sekretariats..... 10
Brief an die französische OO und das Internationale Organisationskomitee..... 16
Grisse an Spartacus 81..... 23

Kampf für Trotzkismus in Deutschland: Permanente Revolution, Zeitschrift der Linken Opposition in den 30er Jahren. Spartacist (deutsche Ausgabe) Nr. 1, 1974 von der Spartacist League/U.S. veröffentlicht, heute Organ des IEK der IKL

wo die bürokratische Kaste von Stalin und seinen Erben die Sowjetunion selbst an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hat und in China eine politische Revolution begonnen hat. Trotzki's Erwartung einer tödlichen Krise des Stalinismus ist so lebendig wie die Schlagzeilen von heute.

Die Vertreter der revisionistischen pabloistischen Strömung gingen durch eine Periode guerillaistischer/prostalinistischer Begeisterung aus der Entfernung; wobei sie das Massaker an den vietnamesischen Trotzkisten begrüßten. Dann führen sie auf „Eurokommunismus“ und sowjetische Dissidenten ab, und erst recht auf die Verehrer Marschall Pilsudskis (er war der bonapartistische Gründer des modernen kapitalistischen Polens) in Solidarność. Heute sind diese Revisionisten in der Lage, einigen Schaden anzurichten als lautstarke Apologeten derjenigen, die für die baltischen Republiken „nationale Befreiung“ fordern. In ihrem Mund wird „Trotzkismus“ zu irgendeiner Art moderner linker Sozialdemokratie gemacht.

Die Bourgeoisie feiert schon im voraus das „Ende des Kommunismus“. In der Tat haben die stalinistischen Bürokratien den Punkt der tödlichen Krise erreicht. Doch ihre Krise kommt daher, daß sie gegen alles sind, was der Kommunismus bedeutet. Die nationalen Antagonismen in der Sowjetunion und der Aufstand in China entstehen als Reaktion auf die „marksozialistische“ Politik, die der zentralisierten sozialistischen Planung entgegenzusetzen ist. Der bürokratische Würgegriff über das politische und kulturelle Leben, die Beschwichtigungspolitik, die den Imperialismus ermutigt hat – das ist nicht Kommunismus, sondern seine Antithese.

daran, ihn durch Archivierung und historische Forschung zu dokumentieren. Im Januar 1974 fand in Deutschland eine Interimskonferenz statt, die sich auf die Arbeit und Perspektiven in Europa konzentrierte und an der Genossen aus sieben Ländern teilnahmen. Das Dokument, das die programmatische Basis für die Konferenz bildete, erkannte „den Kampf für die Schaffung einer demokratisch-zentralistischen internationalen Spartacist Tendenz in nächster Zeit als unsere Pflicht“.

Die „Erklärung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ erklärte die Bildung eines Kerns für die baldige Heraukristallisierung der internationalen Spartacist Tendenz, die geführt werden sollte nach dem Prinzip des internationalen demokratischen Zentralismus. Das Dokument griff scharf die föderalistischen Praktiken der konkurrierenden Organisationen an, die für sich den Mantel des Trotzkismus beanspruchten. Es bemerkte: Pablos politische Erben vom „Vereinigten Sekretariat“ sowie das healyistische „Internationale Komitee“ haben „ständig die Prinzipien des Internationalismus und des bolschewistischen demokratischen Zentralismus zu einer Farce gemacht, da ihre verschiedenen nationalen Gruppen oder nationalbasierten Fraktionen ihre eigenen Wege gegangen sind – beeinflusst letztlich vom Druck ihrer jeweiligen herrschenden Klasse.“

Insbesondere ging die „Erklärung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“ auch auf das Voorhis-Gesetz ein, das 1940 von der US-Regierung verabschiedet wurde mit dem Ziel, Organisatio-

Ein internationales Programm verlangt eine internationale Organisation

„Der Opportunismus ist dem Wesen nach national, da er sich auf lokale und zeitweilige Bedürfnisse des Proletariats stützt, nicht aber sich an dessen historischen Aufgaben orientiert. Opportunisten finden die internationale Kontrolle unerträglich; sie sind bestrebt, ihre internationalen Verbindungen möglichst auf harmlose Formalitäten zu beschränken ... unter der Bedingung, daß die eine Gruppe die andere nicht hindert, ihre opportunistische Politik nach eigenem nationalen Geschmack weiterzuführen ... Die internationale Einheit

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Korrespondenz an: Anschrift:

Spartacist League/U.S. Spartacist League
Box 1377 GPO
New York, NY 10 116, USA

Ligue trotskyste de France Le Bolchévik, BP 135-10
75463 Paris Cedex 10, Frankreich

Trotskyist League of Canada Trotskyist League
Box 7198, Station A
Toronto, Ontario
M5W 1X8, Kanada

Spartacist League/Britain Spartacist Publications
PO Box 1041
London NW5 3EU, England

Spartacist Group Japan Spartacist Group Japan
PO Box 18
Chitose-Yubinkyoku
Setagaya-ku, Tokyo 156
Japan

Trotzkistische Liga Deutschlands Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11, Westdeutschland

Spartacist League of Australia/New Zealand Spartacist League
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien

Lega Trotskista d'Italia Walter Fidacaro
C.P. 1591
20101 Milano, Italien



Afghanische Frauenmilizen verteidigen soziale Errungenschaften gegen vorgeordnete Reaktion

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 6

den natürlich die Vereinigten Staaten. Nach einhalb Jahren, in denen die DVPA fortwährend damit weitergemacht hat, eine große Zahl ihrer eigenen Kader durch innerparteiliche Kriegsführung ins Gefängnis zu werfen und zu liquidieren, kamen sie an einen Punkt, wo die Mudschaheddin ihnen an der Kehle saßen.

Im Laufe des Jahres 1979 bat die afghanische Regierung die sowjetische Regierung zwölfmal um eine Intervention. Der sowjetische Botschafter wurde allein im Dezember viermal bestellt und aufgefordert, doch eine Intervention zu veranlassen. Im Gegensatz zu der bürgerlichen Presse und natürlich zu dem, was auch die Pseudolinken sagen, wurde die Sowjetunion damals nicht gerade von einer dynamischen und aggressiven Führung geleitet. Doch um die südliche Grenze der Sowjetunion zu verteidigen, hat die Bürokratie der Sowjetunion den bisher nicht dagewesenen Schritt unternommen, in Afghanistan zu intervenieren.

Hier aber die *Iswestija* vom 24. Oktober mit einer Rede von Außenminister Schewardnadse vor dem Obersten Sowjet der Sowjetunion. Er verurteilt die sowjetische Intervention in Afghanistan. Er sagte: „Als über hundert UN-Mitgliedstaaten gegen unsere Intervention auftraten, hätten wir folgendes verstehen sollen: Wir stellten uns dem Weltgewissen entgegen. Wir brachen die Verhaltensnormen.“

Zum Glück für uns waren weder Schewardnadse noch Gorbatschow die Führung der Sowjetunion 1917. Sie hätten sicherlich Kautskys Position zur Sowjetunion begrüßt. 15 imperialistische Mächte schickten ihre Truppen in die Sowjetunion, um die sowjetische Regierung zu zerschlagen. Wenn an der Führung ein Leninatschow oder ein Trotzkinadse gewesen wäre, dann hätten sie vielleicht gesagt: „Die Länder sind alle gegen uns, die Weltmeinung ist gegen uns, wir sollten uns ergeben.“ Wenn es jetzt eine bolschewistische Führung in der Sowjetunion gäbe, dann wäre die Feindschaft der imperialistischen Mächte noch viel stärker, als sie es 1979 bei der Intervention in Afghanistan war.

Die Intervention in Afghanistan eröffnete die Möglichkeit, Afghanistan aus mittelalterlicher Rückständigkeit in dieses Jahrhundert zu holen. Warum? Sie ermöglichte nämlich, unter dem Schutz der sowjetischen Truppen, einer Reihe von Menschen eine Ausbildung zu geben, den Anfang einer Arbeiterklasse herauszubilden, gewisse Elemente von Fortschritt einzuführen. Auch wurde die Möglichkeit eröffnet, Afghanistan in die Sowjetunion einzugliedern – auf direkte Weise, wie z. B. einige Länder in Sowjet-Zentralasien, Kasachstan, Usbekistan usw., oder indirekt, so wie die Mongolische Volksrepublik. Aber die sowjetische Führung hat sich anders entschieden.

Wenn sie bei der Intervention gesagt hätten, wir gehen hier rein, bis wir gewinnen, dann hätten sie sehr schnell gewonnen. In Sowjet-Zentralasien fanden die Bolschewiki ähnlichen Abschaum, wie wir ihn heute in Afghanistan antreffen. Das waren die Baschkakis. Sie wurden vollständig zerschlagen. Heute sind die Lebensbedingungen in Sowjet-Zentralasien mit denen in Rußland vergleichbar. In Tadschikistan ist die Lebenserwartung 70 Jahre. Es gibt mehr Ärzte pro 1000 Menschen in Tadschikistan als in den USA. Das ist natürlich Fortschritt, aber die stalinistische Bürokratie ist dafür ein ständiges Hindernis. Deswegen schreit die Situation in der Sowjetunion nach einer politischen proletarischen Revolution.

Seit 1924 ist in der Sowjetunion eine Führung an der Macht, die keine Politik der Weltrevolution verfolgt. Da haben wir eine bürokratische Führung, die versucht, Sozialismus in einem Land aufzubauen. Dieser Versuch wird natürlich besonders lächerlich, wenn versucht wird, in der DDR den Sozialismus in einem halben Land aufzubauen.

Das ist unmöglich, es gibt tatsächlich eine Weltwirtschaft. Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus, wie Lenin es nannte, hat tatsächlich die Welt vereinigt. Diese Welt ist im großen und ganzen immer noch unter der Kontrolle der Kapitalisten. Man kann nicht vorwärtsgehen, indem man sich zurückzieht, indem man die Verbindungen zur restlichen Welt abschneidet. Die Politik von Stalin und seinen Anhängern hat dazu geführt, daß die Parteien der Komintern Instrumente der staatlichen Außenpolitik wurden. Sozialismus in dem einen Land, der Sowjetunion, aufzubauen, hieß, daß in allen anderen Ländern die Arbeiter Bündnisse mit ihrer eigenen Bourgeoisie schließen mußten, sogenannte Volksfronten. Das hat die Arbeiterklasse von Niederlage und Massaker zu Niederlage und Massaker geführt, in Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland, Indonesien usw.

Das war ein Verrat gegenüber der Politik, die Lenin und Trotzki an der Spitze der bolschewistischen Partei durchgeführt haben. Vor 70 Jahren wurde die Kommunistische Internationale gegründet. Diese Organisation wurde aufgebaut, weil in Rußland die Revolution gesiegt hatte, aber sich in Rußland alleine nicht aufrechterhalten konnte. Die Revolution mußte ausgeweitet werden. In den imperialistischen Ländern mußte die Macht erobert werden. Die Stalinisten von Stalin bis Gorbatschow haben keinerlei Vertrauen in die Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Macht zu ergreifen und die Kapitalisten zu stürzen oder sich selbst zu mobilisieren.

Diesen Sommer gab es in der Sowjetunion ein Ereignis von historischer Bedeutung. Zum ersten Mal seit den 20er Jahren ist die Arbeiterklasse in der Sowjetunion als Klasse in Aktion getreten. Die stalinistische Bürokratie versuchte immer, die Arbeiterklasse zu zerstückeln, zu atomisieren. In diesem Sommer sind die Bergarbeiter von Sibirien bis zur Ukraine – das ist ein Gebiet, das größer ist als das zwischen Portugal und Finnland – in

Aktion getreten, und sie haben sofort die Sache in die Hand genommen. Die Arbeiterkomitees, die von den Bergarbeitern gebildet worden sind, haben sofort ihre eigenen Milizen gebildet und die Kontrolle über die Städte übernommen. Die Bürokratie war der Meinung, daß sie es sich nicht leisten könnte, Repression gegen diese Arbeiter auszuüben.

Letzte Woche hat es zwei Ereignisse gegeben, die bewiesen, daß die Bürokratie zu Recht sehr langsam handelte. Wieder steht ein Teil der Bergarbeiter im Streik. Streiks in strategischen Industrien sind jetzt 15 Monate lang für illegal erklärt worden. Der Führer dieser Bergarbeiter hat erklärt: „Darum kümmern wir uns nicht.“

Vor ein paar Tagen wurde berichtet, daß in der Roten Armee jetzt sogar eine Organisation von Militärangehörigen geschaffen wurde. Das ist noch klein, das ist eine Minderheitsorganisation, vielleicht ein paar hundert Leute. Als Ehrenpräsident ist ein 82jähriger General gewählt worden, der sich 1962 geweigert hatte, Panzer einzusetzen gegen eine Arbeiterrevolte in Nowotscherkassk. Wie vieles in der Sowjetunion hat auch diese Organisation widersprüchliche Elemente in sich. Aber sie wollen ausdrücklich sicherstellen, daß die sowjetische Armee nicht gegen die sowjetische Bevölkerung eingesetzt wird.

Man sollte im Auge behalten, daß viele Mitglieder dieser Komitees Veteranen des Afghanistan-Krieges sind. Im Laufe der zehn Jahre haben ungefähr eine Million sowjetischer Soldaten in Afghanistan gekämpft. Die sind nach Afghanistan gegangen mit dem Gefühl, ihre internationalistische proletarische Pflicht zu erfüllen und ihren afghanischen Brüdern zu helfen. Egal was Schewardnadse jetzt sagt, es glauben längst nicht alle, daß das schlecht war, was sie taten. Tatsächlich sind viele von ihnen sehr aktiv in der Politik der Sowjetunion heute. Es gibt unter ihnen viele, die sicherstellen wollen, daß ihnen der Respekt entgegengebracht wird, wie er denjenigen gebührt, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben. Ein Teil einer usbekischen Division verlangte, freiwillig nach Afghanistan zurückkehren zu können, um den Frauen und Männern, die dort gegen die Mudschaheddin-Konterrevolution kämpfen, beizustehen. Natürlich lehnte die Gorbatschow-Regierung diesen Wunsch als lächerlich ab. Für uns Trotzisten bedeutet es, daß es eben Elemente in der Sowjetunion gibt, die die Verbindung herstellen können zwischen dem Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Sowjetunion und einem Kampf mit einer internationalen Perspektive.

Heute fängt man an, in der Sowjetunion Trotzki zu veröffentlichen. Ich glaube, es wird nicht allzu lange dauern, bis dieses Buch in der Sowjetunion verkauft wird. Das ist die *Verratene Revolution* auf Russisch. Dieses Buch, das 1936 geschrieben wurde, beschreibt die Situation in der Sowjetunion so, als wenn es gestern geschrieben worden wäre.

Es ist nicht nur eine Beschreibung. Es bietet ein Programm, die Situation in der Sowjetunion zu verändern. Es ist das Programm, die Macht der Arbeiterräte wiederherzustellen. Nicht die Fiktion von sogenannten Sowjets, die es heute in der Sowjetunion gibt, sondern wirkliche Gremien von Arbeitermacht, in die diejenigen, die den Reichtum der Sowjetunion produzieren, ihre

Vertreter wählen, um zu entscheiden, welche Politik verfolgt wird. In diesen wirklichen Sowjets gibt es keinen Platz für Gorbatschow, Schewardnadse oder Jelzin. Die Sowjets werden aus Repräsentanten der Arbeiterklasse aller Nationalitäten bestehen, die entscheiden, welche Politik durchgeführt werden soll.

Das trotzkistische Programm braucht eine Kraft, die das auch zur Geltung bringt, und diese Kraft ist die sowjetische Arbeiterklasse. Diese Kraft muß von einer trotzkistischen Partei in der Sowjetunion bewußt geführt werden. Die Bürokratie wird zeigen, daß sie ein parasitäres Geschwür an der Arbeiterklasse ist. Sie wird sich spalten. Es wird jene geben, die versuchen, die Hilfe der Imperialisten zu kriegen und an den Internationalen Währungsfonds zu appellieren, ihnen Geld zu geben, wie die Solidarność-Regierung in Polen es tut. Und es wird diejenigen geben, die unter dem Druck der Arbeiterklasse im Aufstand eine Seite beziehen werden. Dies zeigte sich ganz deutlich 1956 in Ungarn, als der Anfang einer politischen Revolution stattfand und ein Teil der stalinistischen Bürokratie auf die Seite der aufständischen Arbeiter überging.

Die Kraft, die stalinistische Bürokratie zu stürzen, existiert. Diese Kraft muß das Programm des Trotzkismus finden. In diesem Sommer gab es eine Kombination von Ereignissen von China über die Sowjetunion bis zum Sieg in Jalalabad. In diesem Zusammenhang hat sich die Organisation, die bis dahin als internationale Spartacist Tendenz bekannt war, zur Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) erklärt. Wenn die Stalinisten sagen, wir sind keine Kommunisten, dann wollen wir Trotzisten sehr klar machen, daß wir Kommunisten sind. Diese Situation in Osteuropa, in der Sowjetunion und in China eröffnet große Möglichkeiten und schafft enorme Verantwortung für uns. Ein Bürgerkrieg ist im Aufstieg begriffen; in einigen Fällen ist er bereits in vollem Gange, in anderen Fällen steht er kurz bevor – und das von Osteuropa bis Jalalabad, an einer riesigen, ununterbrochenen Front. In Jalalabad war dieser Bürgerkrieg auf einem Höhepunkt. Wir haben gehandelt und in die Tat umgesetzt, wovon wir sprechen. Es gibt Möglichkeiten in Osteuropa und der Sowjetunion, die Sache des Trotzkismus voranzubringen.

Anders als die Stalinisten, die denken, der Himmel stürzt ein, anders als die Zentristen, die unter dem Druck der bürgerlichen Meinung hin und her schwanken, haben wir Trotzisten eine optimistische Herangehensweise. Wir arbeiten für die sozialistische Weltrevolution. Das heißt in einem Land wie Deutschland: antikapitalistische proletarische Revolution im Westen und politisch-proletarische Revolution im Osten. Dies ist wichtig gerade in diesem Land, weil beide erfolgreichen Revolutionen ein vereinigtes proletarisches Deutschland hervorbringen würden. Deutschland unter kapitalistischer Herrschaft hat zweimal versucht, die Welt zu erobern. Zweimal hat es nicht geklappt. Aber das Proletariat an der Macht in Deutschland könnte in der Tat das Kraftzentrum sein für das Proletariat in Europa und in der ganzen Welt. Ihr solltet euch überlegen, Mitglied zu werden bei der Trotzkistischen Liga, die als Teil der Internationalen Kommunistischen Liga für dieses Programm kämpft. ■



ABONNIERT!

Workers Vanguard

14tägige marxistische Zeitung der Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben, einschließlich Spartacist (englische Ausgabe) Luftpost DM 50,- / Seepost DM 15,-

Spartacist

(englische Ausgabe) Nr. 43/44 mit besonderem englisch/russischen Teil: „Wann war der sowjetische Thermidor?“

Einzelpreis: DM 3,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

Spendet für den Lenin-Luxemburg-Liebkecht-Fonds!

„Die Ausrottung des Kapitalismus, die Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist nur international möglich – aber sie setzt sich naturgemäß nicht gleichzeitig in allen Ländern durch. In Rußland hat das Werk begonnen, in Deutschland muß es fortgesetzt ... werden.“

So Karl Liebkecht im November 1918. Aber die Bewegung hin zum Sozialismus in Deutschland wurde durch die Sozialdemokratie zerschlagen und später durch die Stalinisten sabotiert und pervertiert. Dies führte zu Hitlers blutigem Sieg, das Vorspiel wiederum zum Zweiten Weltkrieg und zum imperialistischen Kalten Krieg. Heute sehen wir uns einer historischen Möglichkeit gegenüber, das Banner des wirklichen Kommunismus im Kernland Europas zu erheben. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hat sich verpflichtet, die Arbeit von Lenin, Liebkecht und Luxemburg fortzusetzen, und sie führt gegenwärtig eine intensive Kampagne durch, eine leninistisch-trotzkistische Partei in ganz Deutschland aufzubauen.

1953 waren die ostdeutschen Arbeiter die ersten, die sich gegen stalinistische bürokratische Herrschaft erhoben haben. Dabei riefen sie ihre Klassenbrüder und -schwestern im Westen dazu auf, sich ihnen anzuschließen. Heute ist der Stalinismus schwer angeschlagen, aber der Kommunismus lebt: von den sowjetischen Bergarbeitern über die ostdeutschen Arbeiter bis zu den salvadorianischen Aufständischen. Für proletarische politische Revolution in Ostdeutschland und sozialistische Revolution in Westdeutschland! Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die Internationale Kommunistische Liga hat unser Flugblatt „Arbeiterräte an die Macht!“ bereits in einer Auflage von mehr als 200 000 gedruckt. Die Trotzkistische Liga Deutschlands, deutsche Sektion der IKL, hat die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa“ nachgedruckt. Deine Spende wird dringend gebraucht, um diese lebensnotwendige Arbeit durchzuführen. Spendet an:

F. Zierenberg, Konto 2 119 766 00
BLZ 500 800 00
Dresdner Bank, Frankfurt/Main



Arbeiterräte...

Fortsetzung von Seite 1

kapitalistische Wiedervereinigung.

Am 4. November hieß es auf einem Plakat: „Ungarn '56, China '89“, und das Gespenst, das umging bei der Bürokratie, war der Aufstand der ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953, der erste in Osteuropa gegen stalinistische bürokratische Herrschaft. Die westdeutschen Revanchisten haben ihr Bestes getan, den 17. Juni zu usurpieren, und die ostdeutsche Bürokratie hat die gleichen Lügen über den Aufstand verbreitet. Aber der 17. Juni gehört der deutschen Arbeiterklasse! An diesem Tag riefen die ostdeutschen Arbeiter ihre Klassenbrüder und -schwestern im Westen dazu auf, gegen ihre kapitalistischen Herren aufzustehen. Auf dem Bahnhof in Halle begrüßten Arbeiter Ankommen-de aus dem Westen mit dem Banner: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ Ulbricht wurde nur durch sowjetische Panzer gerettet. In jedem Fall ist Verbrüderung mit der Roten Armee heute genauso nötig wie damals. Wo jetzt Bergarbeiter in Sibirien und Slask (früher Schlesien) gegen die verheerenden Auswirkungen der „Marktformen“ streiken, können die ostdeutschen Arbeiter mit ihren Klassenbrüdern gemeinsame Sache machen und das Sprungbrett sein für proletarische politische Revolution in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion.

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime und errichtete östlich der Elbe einen bürokratisch deformierten Arbeiterstaat. Aber der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus und faschistischer Terror sind nicht auf den westdeutschen Nachfolgestaat des Dritten Reiches beschränkt. In Westdeutschland sind eingewanderte Arbeiter die ersten Opfer des faschistischen Terrors. Und jetzt finden ähnliche Angriffe in der DDR statt, z. B. auf vietnamesische Arbeiter. Feindseligkeit gegen eingewanderte Arbeiter, z. B. gegen Polen, kam sogar in den Massenprotestdemonstrationen zum Ausdruck, wie etwa in Dresden. Dem steht entgegen, was ein Banner am 4. November erklärte: „Für kommunistische Ideale! Keine Privilegien!“ Das bedeutet volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter im Osten und im Westen!

Heute zeigt ein Flügel der ostdeutschen Sicherheitskräfte seine Unterstützung für die revanchistische kapitalistische Restauration unter der Rubrik deutscher Nationalismus: sie klonen eine neue Generation faschistischer terroristischer Skinheads und anderen Abschaum, deren Existenz zu leugnen die Bürokratie auf jede erdenkliche Weise versucht hat. Auf einem Banner eines antifaschistischen Blocks am 4. November war zu lesen: „Weimar: 160 Nazi-Skins organisiert auf Menschenjagd“. Sogar diese riesige Demon-

„Gorbi, Gorbi, hilf uns“, aber im großen und ganzen lehnen sie Gorbatschows „Perestroika“ und „Marktsozialismus“ ab, die vom Balkan bis zum Baltikum und zum Kaukasus Elend und nationale Konflikte wuchern lassen. Ostdeutsche Arbeiter sind keineswegs bereit, die sozialen Errungenschaften aufzugeben, die sie erarbeitet haben. Versuche, eine antikommunistische „freie Gewerkschaft“ im Stil von Solidarność zu gründen, sind kläglich gescheitert.

Die Arbeiter in der DDR haben die Streiks

ökonomisch sehr viel mächtigeren imperialistischen Nachbarn konfrontiert ist. Stefan Heym löste auf der riesigen Demonstration am 4. November Begeisterung aus, als er vom Podium aus sagte: „Der Sozialismus – nicht der Stalinsche, sondern der richtige – den wir endlich erbauen wollen, zu unserem Nutzen und zum Nutzen ganz Deutschlands, ist nicht denkbar ohne Demokratie.“ Die Verteidigung der vergesellschafteten Eigentumsformen in der DDR erfordert ihre Ausdehnung in den Westen. Das bedeutet die Enteignung der Frankfurter Bankiers durch proletarische Revolution im Westen – und dabei haben eingewanderte Arbeiter eine Schlüsselfunktion. Wir Trotzlisten rufen auf zur revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten. Aufgrund des strategischen Gewichts Deutschlands in Europa kann eine Wiedervereinigung, wenn sie nicht ein imperialistischer Moloch, ein Viertes Reich, sein soll, nur im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa stattfinden.

Die massenhaften Protestdemonstrationen, mit ihrer eindrucksvollen Disziplin, sind weiterhin von kleinbürgerlichen Kräften wie dem Neuen Forum und den Sozialdemokraten (SDP) dominiert. Am 4. November forderte das Neue Forum „freie Wahlen“ unter Aufsicht der UNO, d. h. des Imperialismus, während die SDP, genau wie Helmut Kohl, eine Rückkehr zur „Marktwirtschaft“ verlangte. Wenn die SPD und ihre diversen Anhänger über „demokratischen Sozialismus“ reden, meinen sie „demokratische“ Konterrevolution, deren Generalstab die SPD sein will. Während Kohl ausgebaut wurde, wurden Brandt und Momper bejubelt. Die Sozialdemokraten sind die Hauptgefahr für ostdeutsche Arbeiter.

Die Internationale Kommunistische Liga und ihre deutsche Sektion, die Trotzkistische Liga Deutschlands, stehen zur trotzkistischen Position, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution und deren Ausweitung von Ostberlin bis Havanna bedingungslos zu verteidigen gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Im Gegensatz dazu geben die als Trotzlisten getarnten Sozialdemokraten, wie etwa Ernest Mandel und der Bund Sozialistischer Arbeiter, diese Errungenschaften preis, wo sie auch immer unter Beschuß geraten. So unterstützten sie 1981 Solidarność' konterrevolutionären Griff zur Macht und verurteilten die sowjetische Intervention 1979 gegen die imperialistisch-gestützte klerikale Reaktion in Afghanistan.

Noch ist innerhalb der SED keine linke Opposition aufgetreten. Wohl aber kommt Unterstützung für wirklichen Kommunismus in der DDR zum Ausdruck, etwa in der Losung auf Plakaten am 4. November: „Für eine neue kommunistische Partei“. Wie 1953, so fehlt auch heute eine proletarische internationalistische Avantgardepartei, die um die Macht kämpft. Um eine solche Partei zu schmieden, muß man zum Bolschewismus Lenins und Trotzki zurückkehren! Hoch lebe Rosa Luxemburg, die hervorragendste unter den Begründern des deutschen Kommunismus, ermordet von Freikorps auf Geheiß der SPD-Führung! Die Deutsche Revolution, im Osten und im Westen, braucht eine leninistisch-trotzkistische Arbeiterpartei!

15. November 1989



Frankfurt, März 1982: TLD auf El-Salvador-Demonstration bekämpft den Nationalismus der „Friedens“bewegung in Ost und West und den Revanchismus in sozialdemokratischen Farben

stration war am Rand mit Faschisten aus West und Ost infiziert. So wie die russischen Arbeiter Pamjat zerschlagen müssen, so müssen sich Arbeiter/Minderheiten in Ost- und Westdeutschland organisieren, um diesen Abschaum jetzt zu zerschmettern.

Am 10. November forderte eine Demonstration von 50 000 SED-Mitgliedern in Ostberlin „Kein Ausverkauf der DDR“, „für reelle Pläne“ und „Zurück zu Lenin“. Stalin hat die zentrale Planung in Verruf gebracht. Die ostdeutsche Wirtschaft ist die erfolgreichste in Osteuropa. Zwar skandieren Arbeiter:

sowjetischer Bergarbeiter gegen Perestroika aufmerksam verfolgt. Die Fabrikkomitees, die die Bergarbeiter organisiert haben, sind im Keim wirkliche Arbeitersowjets, die der Schlüssel dazu sind, die Wirtschaftsplanung durch die Arbeiterklasse zu kontrollieren. Zwar gärt es gewaltig in den Betrieben, doch die Arbeiterklasse bleibt politisch atomisiert, d. h. bisher gab es keine Streiks, und die wären sofort politisch. Arbeiterräte müssen auf der Ebene der Produktion errichtet werden und Quantität und Qualität kontrollieren. Eine Input-Output-Analyse (entwickelt von dem in Rußland geborenen Ökonomen Leontief) – und zwar computergesteuert – kann es ermöglichen, daß Investitionen in Einklang stehen mit dem demokratisch kontrollierten Wachstum von Investitionen und Verbrauch.

Als am Freitag die Mauer zu fallen begann, stiegen die Aktien in Westdeutschland, weil die Frankfurter Bankiers und ihre Stroh-männer von der SPD davon träumen, Ostdeutschland auszubluten, wie sie es mit Polen und Ungarn gemacht haben. Um die vergesellschafteten Eigentumsformen zu verteidigen und es mit dem Weltmarkt aufzunehmen, braucht die DDR eine stabile, leicht konvertierbare Währung (z. B. durch Gold gedeckt wie der sowjetische Tschetwonez 1923). Aber ein isolierter revolutionärer ostdeutscher Arbeiterstaat wäre doch noch durch die Macht billiger Waren bedroht, wie Marx warnte.

Es kann keinen wirklichen Sozialismus in einem halben Land geben, das mit einem



Abonniert jetzt!

Alle Abos enthalten Spartacist (deutsche Ausgabe), theoretisches und dokumentarisches Organ der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Land: _____ Tel.: _____

- Volles Abo (8 Ausgaben):
- o DM 10,-/10 Mark o Ausland DM 15,-
- o Übersee Luftpost DM 30,-
- o Einführungsabo (3 Ausgaben) DM 4,-/4 Mark

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgiro Ffm 119 88-601

Rätedeutschland

Fortsetzung von Seite 1

katapultiert. Und jetzt, angefeuert von den Massenprotesten in der DDR, gingen in der CSSR Hunderttausende von Menschen gegen die Hardliner-Führung der Kommunistischen Partei auf die Straße, die im Zuge der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ 1968 installiert worden war.

Seit den brutalen Polizeiangriffen auf eine Studentendemonstration Mitte November in

se. Der „symbolische“ zweistündige Generalstreik am 27. November brachte das Land zum Stillstand. Es gab kaum eine Fabrik, die sich nicht anschloß; von der gigantischen Prager Metallfabrik ČKD zu den Skoda-Werken in Pilsen (Pilsen) bis zu den böhmischen Bergwerken legten Arbeiter die Arbeit nieder und versammelten sich aus Protest. Die stalinistische Regierung kapituliert und willigte in die Bildung einer Koalitionsregierung ein.

In der DDR sind die Ereignisse in der CSSR genauestens verfolgt worden, gerade weil die Arbeiter in Aktion gegangen sind. In der DDR ist das noch nicht geschehen. Aber

außerhalb. Die Schlüsselfrage ist Führung. In Polen stellte die klerikal-nationalistische Solidarność eine konterrevolutionäre Führung, und jetzt sind die Arbeiter mit Hunger und Arbeitslosigkeit konfrontiert. In der CSSR haben kleinbürgerliche Führer rein „demokratische“ Parolen aufgestellt. Das Programm ihrer Ökonomen ruft zu einer drastischen Senkung des Lebensstandards auf.

Wohin geht die DDR? Die stalinistische Bürokratie versucht, obenauf zu bleiben, und spielt die „Reform“-Karte aus: Krenz redet von einer „Wende“, Modrow von „sozialistischer Erneuerung“. Sprecher der größtenteils von Künstlern und Akademikern geführten amorphen Opposition reden vage von einer „friedlichen Revolution“, einer „Revolution von unten“, „einem demokratischen Anfang“. Der Schriftsteller Stephan Heym merkte an, daß „es Gott sei Dank keine Führer bei diesen revolutionären Bewegungen gibt, sondern daß es wirklich grass roots sind... Die Theorie dazu finden Sie nur bei der Rosa Luxemburg, daß die Partei nur reüssieren kann in Gefolge einer solch spontanen Revolution (Süddeutsche Zeitung, 25. November 1989). Auf dem Höhepunkt der Deutschen Revolution 1918/19 haben Luxemburg und Karl Liebknecht verspätet und verzweifelt versucht, das Vakuum an revolutionärer Führung zu überwinden, als ihr Spartakusbund zur Kommunistischen Partei Deutschlands wurde.

In ihrem Bericht über den Gründungsparteitag der KPD erklärte Luxemburg: „Der revolutionäre Vortrupp des deutschen Proletariats hat sich zu einer selbständigen politischen Partei zusammengeschlossen“; um die „rein politische Umwälzung“ in eine „ausgesprochene Arbeiterrevolution“ umzuwandeln, sei nun die Aufgabe, „an Stelle des Spontanen das Systematische zu setzen“. Und in einem Artikel über „Das Versagen der Führer“ (11. Januar 1919) hob sie hervor: „Soll die Sache der Revolution vorwärts gehen, soll der Sieg des Proletariats, soll der Sozialismus mehr als ein Traum werden, dann

muß sich die revolutionäre Arbeiterschaft führende Organe schaffen, die auf der Höhe sind, die die Kampfergie der Massen zu leiten und zu nutzen verstehen.“ Was fehlte, war gerade eine revolutionäre Avantgardepartei wie die der Bolschewiki – die unter Lenin und Trotzki die erfolgreiche Oktoberrevolution von 1917 führte –, und das war für die Sache der Deutschen Revolution tödlich.

Die politische Revolution gegen die parasitäre Bürokratie, die auf den deformierten Arbeiterstaaten lastet, erfordert genauso wie die soziale Revolution gegen den Kapitalismus im Westen dringend die Errichtung von Arbeiterräten und die Schmiedung einer leninistisch-trotzkistischen Partei, die die Arbeiterklasse in den bevorstehenden harten Schlachten führt.

Für proletarische politische Revolution von Ostberlin bis Moskau und Beijing!

Ohne Zweifel hat der sowjetische Führer Michail Gorbatschow zu den Änderungen an der Spitze der DDR angestachelt. Hinter dem Aufruhr in Osteuropa steht der von Unruhen geschüttelte „Reformprozeß“, den Gorbatschow mit seiner Politik von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umstrukturierung) einleitete. Die Ausweitung der Pressefreiheit und des politischen Lebens insgesamt hat eine enorme intellektuelle Gärung und damit auch ein intensives Interesse an den Ideen Leo Trotzki mit sich gebracht. Die Bergarbeiterstreiks im Sommer demonstrierten die Macht des sowjetischen Proletariats und führten zur Errichtung von unabhängigen Arbeiterorganisationen, die in vielen Fällen ihre Verpflichtung auf authentischen Sozialismus bekräftigten.

Doch die seit vier Jahren anhaltenden Versuche, eine marktorientierte Wirtschaftspolitik einzuführen, haben quer durch die UdSSR zentrifugale Kräfte entfesselt. Von Zentralasien bis zum Baltikum drohen Nationen

Fortgesetzt auf Seite 14



Ostberlin, 4. November: Demonstranten fordern nicht nur Arbeiterräte, sondern „eine neue kommunistische Partei“

Prag wuchsen die Menschenmassen am Václavské náměstí (Wenzelsplatz) täglich sprunghaft an. Das eilig gegründete Bürgerforum, geführt vom Autor Václav Havel und anderen intellektuellen Dissidenten, übernahm den Vorsitz über die oppositionelle Mobilisierung, während die Studenten die Truppen stellten. Doch die Schlacht ging von Anfang an um die Loyalität der Arbeiterklas-

eine politische Revolution hat sich angebahnt, die am 9. November die Öffnung der Berliner Mauer erzwang; an diesem Tag im Jahre 1918 wurde der Kaiser durch den Arbeiter- und Soldatenaufstand gestürzt. Gestellt ist heute die Möglichkeit eines proletarischen Sieges gegen die sich auflösende stalinistische Bürokratie und gegen die prokapitalistischen Kräfte im Innern und

Gründet Spartakist-Gruppen!

Der Stalinismus ist schwer angeschlagen, der Kommunismus lebt: von den sowjetischen Bergarbeitern über die ostdeutschen Arbeiter und die Aufständischen in El Salvador bis zum heroischen Jalalabad.

Wir brauchen eine leninistisch-egalitäre Partei!

Die gegenwärtige politische Krise, die über die Sowjetunion und Osteuropa fegt, stellt scharf zwei Alternativen: entweder die Errichtung oder Wiedererrichtung von Arbeiterräten als Instrumente der Arbeitermacht, statt der stalinistischen nationalistischen Bürokratien – oder kapitalistische Konterrevolution. Die Werktätigen der DDR haben ihr Land aufgebaut. Die Frankfurter Bankiers und die Bonner Politiker von CDU/FDP bis SPD wollen es an sich reißen, ein Viertes Reich aufbauen. Dringend notwendig ist eine proletarische politische Revolution: Schmeißt die parasitäre Bürokratie raus, die seit Jahrzehnten die Arbeiter politisch entmachtete hält! Verteidigt die DDR vor kapitalistischer Konterrevolution: Errichtet die Räteherrschaft auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie! Politische Arbeitermacht in Ostdeutschland würde auch den schlafenden Riesen westdeutsche Arbeiterklasse wecken. Arbeiterräte müssen auf ganz Deutschland ausgeweitet werden. Ein rotes Rätedeutschland wäre die Lokomotive für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Arbeiterklasse Ost- und Westdeutschlands braucht eine revolutionäre kommunistische Partei, eine neue KPD, um die parasitäre Bürokratie im Osten und den Kapitalismus im Westen zu stürzen. Für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht und Luxemburg! Wie Rosa Luxemburg am 31. Dezember 1918 bei der Gründungskonferenz der KPD erklärte:

„... wir sollen es nie vergessen, wenn man

uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewiken kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das ABC Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte.“

Um die Basis für eine wirkliche kommunistische Partei zu legen, ruft die Trotzkiistische Liga Deutschlands, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), dazu auf: Gründet Spartakist-Gruppen! Die ersten Schritte sind:

Um in die heutigen Debatten und Kämpfe einzugreifen, muß man sich politisch bewaffnen. So werden die Spartakist-Gruppen Diskussionen mit Mitgliedern der TLD und der IKL über die Lehren früherer revolutionärer Kämpfe führen. Es ist notwendig, zu studie-

ren und zu diskutieren: die Gründe für den Sieg der Bolschewiki 1917; die verpaßten Möglichkeiten zu einem deutschen Oktober 1919 und 1923 sowie die Kapitulation der stalinistischen und sozialdemokratischen Führungen vor Hitlers Machtergreifung; Trotzki Kampf gegen die stalinistische Entartung der Komintern und für eine neue, revolutionäre Vierte Internationale; die soziale Umwälzung in Osteuropa, nachdem die Rote Armee es von den Nazis befreit hatte; die Arbeiteraufstände 1953 in Ostdeutschland, 1956 in Ungarn und 1989 in China; Gorbatschows Perestroika und „Marktsozialismus“, die von Warschau bis zum Kaukasus nationalistische Konflikte anfachen und für die Arbeiter Verelendung mit sich bringen. Die Spartakist-Gruppen werden massenhaft revolutionäre Propaganda vertreiben, in Fa-

briken und an anderen Arbeitsplätzen, auf Arbeiterversammlungen und in Arbeitervierteln, auf Demonstrationen und an Universitäten. Die Mitglieder werden einen Beitrag zahlen, um ihre Aktivitäten zu finanzieren.

Die Arbeiter- und Studentenmassen, die ehemaligen und gegenwärtigen SED-Mitglieder und alle anderen müssen wissen: sie sind nicht dazu verurteilt, von den diskreditierten und korrupten SED-Spitzen einerseits oder andererseits von den preußisch-nationalistischen oder prowestlichen Sprechern der „Reform“bewegung beherrscht zu werden. Die SPD/SDP, Strohmänner für die Frankfurter Bankiers, sind die größte Gefahr. Ihr Programm des „demokratischen Sozialismus“ heißt kapitalistische Konterrevolution à la Scheidemann und Noske, Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Spartakist-Gruppen wollen auch Intellektuelle und Studenten für die Seite der proletarischen politischen Macht gewinnen, als ein Teil des Kampfes, eine proletarische Avantgardepartei aufzubauen, die ein Volkstribun ist.

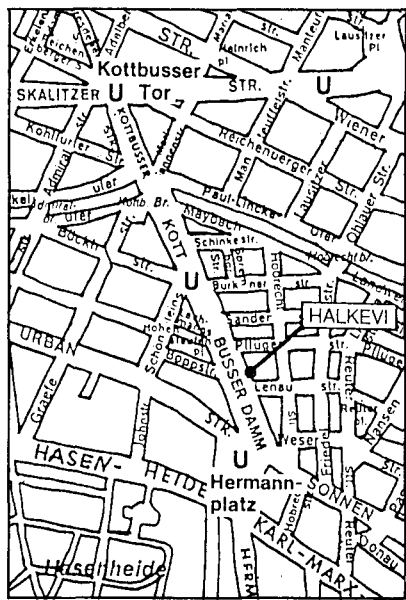
Die Spartakist-Gruppen bauen auf revolutionäre, proletarische und internationalistische Prinzipien. Das heißt proletarische Mobilisierung zur Zerschlagung von faschistischen/rassistischen Terroristen; es heißt Kampf um volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter; und es heißt Kampf gegen den preußisch-deutschen Nationalismus, gegen antipolnischen Chauvinismus. Für die Wiedergeburt der revolutionären Einheit des deutschen, polnischen und russischen Proletariats, verkörpert durch Rosa Luxemburg!

Das ist die Wahl: Entweder eine Reihe kapitalistischer Siege, auf lange Zeit schreckliche Verelendung der Massen in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, imperialistische Rivalität um die Aufteilung der Beute, die Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch einen dritten Weltkrieg. Oder das Proletariat schmiedet die revolutionäre Führung, das Werkzeug dafür, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kapitalismus hinterläßt weltweit ungeheuren Dreck. Eine vereinte und klassenlose sozialistische Weltgemeinschaft kann sich daran machen, damit aufzuräumen. ■

Spartakist-Veranstaltungen

- Samstag, 9. Dezember, 14 Uhr:
Die arbeitenden Menschen haben die DDR aufgebaut – Arbeiterräte an die Macht! Für ein rotes Rätedeutschland!
- Samstag, 16. Dezember, 14 Uhr:
Trotzki: Die Russische Revolution und ihre Degeneration
- Mittwoch, 27. Dezember, 19 Uhr:
Für proletarische politische Revolution in UdSSR, Osteuropa, China!

Türkisches Volkshaus Halkevi
Kottbusser Damm 74
2. Stock, Hinterhaus
(U-Bahn Hermannplatz)
Westberlin





Der Spiegel



Le Bolchev'ik

Rheinhausen Dezember 1987, Peugeot September 1989. Die Arbeiterklasse Westeuropas, mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten, will kämpfen. Doch eine revolutionäre Führung fehlt. Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter – Nordafrikaner in Frankreich, Türken und Kurden in Westdeutschland, Vietnamesen, Kubaner und Polen in Ostdeutschland – sind eine elementare demokratische Forderung und entscheidend für die Einheit der Arbeiterklasse!

Rätedeutschland

Fortsetzung von Seite 13

nale Gegensätze die multinationale UdSSR auseinanderzureißen. Im Kaukasus und in Moldawien grenzt der Zustand an Bürgerkrieg, und im Baltikum steuern prokapitalistische Nationalisten hinter der Losung für Unabhängigkeit einen scharfen Kurs in Richtung Konterrevolution. Mittlerweile gehen die Versuche, nach Breschnevs „Jahren der Stagnation“ die Wirtschaft zu beleben, als Schuß nach hinten los. Die Schlangen vor Geschäften ohne Konsumgüter werden immer länger. Die Arbeiter kochen vor Wut über die Preistreiber der privaten „Genossenschafts“unternehmen. Und die Bergarbeiter in Workuta sind erneut in Streik getreten, womit sie diesmal offenen Antistreib-Gesetze stoßen.

Die imperialistischen Ideologen jauchzen über den angeblichen „Tod des Kommunismus“. Schon schmieden die Herrscher der Europäischen Gemeinschaft Pläne zur „Wiedereingliederung“ Osteuropas, also zu einer kapitalistischen Übernahme seiner sozialisierten Wirtschaft. Mit erster Miene diskutieren US-Präsident George Bush und französische Führer die Auswirkungen einer kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, während westdeutsche Unternehmen Pläne entwerfen zur Übernahme von DDR-Betrieben, die sie vor 1945 besaßen. Die Dresdner Bank träumt von ihrer Rückkehr nach Dresden; Vorstandsvorsitzender Herrhausen von der Deutschen Bank verlangte noch kurz vor seinem plötzlichen Ableben, daß sich Westdeutschland die DDR einverleibt, so daß Thüringen und Sachsen nur noch Bundesländer eines neuen Großdeutschlands würden. Den Mächtigen-Teilnehmern eines solchen imperialistischen Gelages triefen schon die Mäuler bei der Aussicht, die sozialisierte Wirtschaft des sowjetischen Blocks zerstückeln zu können.

Gewiß pfeifen die stalinistischen Bürokratie auf dem letzten Loch. Wie man im Frühling in Beijing und beim sowjetischen Bergarbeiterstreik im Sommer sah, tritt jetzt die Arbeiterklasse in den Kampf ein. Und die Arbeiter kämpfen sicher nicht dafür, die kapitalistische Ausbeutung wieder einzuführen! Gleichwohl fehlt es von der UdSSR über China bis zur DDR an dem Entscheidenden: einer proletarischen Führung. Diese würde die Gesellschaft organisieren auf Grundlage des authentisch kommunistischen Programms, die vergesellschaftete Wirtschaft gegen kapitalistische Restauration zu verteidigen; sie würde die Bürokratie zerschmettern und Arbeiterdemokratie auf der Basis von Sowjets errichten, für kommunistische Einheit gegen den Imperialismus und für die internationale sozialistische Revolution kämpfen.

Polen unter Solidarność steht am Rande des Zusammenbruchs. In allen Städten gibt es inzwischen öffentliche Armenküchen. Und im Rahmen ihres Privatisierungsprogramms für den städtischen Nahverkehr ist von einer Erhöhung der Fahrtkosten von 70 auf 1070 Zloty die Rede. Lech Walesa hat bei seiner jüngsten Bettelreise in die Vereinigten Staaten „einer Pressekonferenz berichtet, daß die Regierung 90 Prozent der polnischen Wirtschaft besitzt, und 80 Prozent davon sind zum Verkauf freigegeben“ (*Washington Post*, 18. November 1989).

Um Polen für westliches Kapital attraktiv zu machen, besteht die von Solidarność geführte Regierung darauf, mit Streiks aufzuräumen. Aber es wird mehr als ein Streikverbot nötig sein, um die polnische Arbeiterklasse im Zaum zu halten, denn sie ist mit 30 Prozent Arbeitslosigkeit, mit der Streichung von Subventionen für Nahrungsmittel und mit der Abschaffung von Sozialleistungen konfrontiert. Um den Widerstand der Bevölkerung gegen einen „Schock“-Austeritätsplan zu überwinden, wie ihn der Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs (Harvard University) entworfen hat, bräuchte die polnische Regierung, wie ein polnischer Ökonom bemerkte, „ein Sicherheitsnetz vom chilenischen Typ: das Militär müßte es tun“ (*New Yorker*, 13. November 1989).

Jetzt hat der ehemals offizielle, stalinistische geführte Gewerkschaftsverband OPZZ seinen Widerstand gegen die Hungerpolitik der Regierung angekündigt. Die polnischen Arbeiter werden kämpfen, um sich gegen das verheerende Wüten der kapitalistischen Verelendung zur Wehr zu setzen. Inzwischen strömen die Kapitalisten nach Budapest in der Hoffnung, Staatseigentum in Ungarn zu Schleuderpreisen aufkaufen zu können, während die Arbeiter buchstäblich an den Rand des Verhungerns getrieben werden. Die Überschrift eines Artikels in der *New York Times* lautete: „Kapitalismus kommt mit gieriger Wucht nach Ungarn“. Sogar der rechte Kosmetikmagnat Ronald Lauder, der in Budapest zwei Filialen besitzt, stellte fest: „Zwangsläufig... wird es in zwei, drei Jahren zu einem Rückschlag gegen diese kapitalistische Ausbeutung kommen.“

In der DDR hat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keine Lust, den Kapitalismus wieder einzuführen. Mittlerweile geht die SED-Basis in Opposition. Am 8. November demonstrierten Zehntausende von Parteimitgliedern vor der Sitzung des Zentral-

komitees. „Wir sind die Partei“, riefen sie in Anlehnung an die Losung der ersten Leipziger Protestdemonstrationen: „Wir sind das Volk“. Es gelang ihnen, einen Parteikongreß zu erzwingen (vorgesehen für den 15. Dezember), auf dem sie die Führung abwählen können, und vier der elf gerade benannten Politbüromitglieder wurden von örtlichen SED-Verbänden wieder gekippt. Als ein Parteibonze die alte sozialdemokratische Hymne „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ anstimmen wollte, antworteten die Demonstranten mit dem Gesang der Internationale.

Die Ereignisse am 9. Oktober in Leipzig kamen einem Massaker à la Beijing gefährlich nahe, als Honecker die Armee mit Schießbefehl und scharfer Munition ausstattete. Doch die Unzufriedenheit und Empörung hatte bereits breite Kreise erfaßt. Die in Betriebskampfgruppen organisierten Arbeiter, die gegen die Demonstranten auf die Straße geschickt wurden, zeigten Sympathie. So bemerkte Wolfgang Rosch, stellvertretender Kommandeur der Kampfgruppe Leipzig, in einem Interview im DDR-Fernsehprogramm „Aktuelle Kamera“ nach der ersten Leipziger Großdemonstration: „Zum anderen haben wir aber auch gezeigt, ... daß auch wir Fragen haben, unsere Sorgen haben, die zum Teil die gleichen sind, die auch die Leute haben, die auf der Straße sind.“ Honecker wurde überstimmt und anschließend abgesetzt.

Aber die herrschende Bürokratie kann mit der vielbeschworenen „sozialistischen Erneuerung“ nicht aufwarten. Vielmehr bedrohen Gorbatschowsche „Reformer“ wie Ministerpräsident Hans Modrow mit dem „Marktsozialismus“-Modell und dem Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ mit der BRD die Errungenschaften der Arbeiter. Eine der ersten Maßnahmen der Krenz-Regierung war die Einrichtung von Grenzkontrollen, nicht gegen die Offensive des deutschen Kapitals, sondern gegen polnische Arbeiter gerichtet!

Die Entwicklungen im östlichen Teil Deutschlands weisen in die Richtung einer proletarischen politischen Revolution, die die bestehenden sozialen Errungenschaften verteidigen und den Weg zum authentischen Sozialismus eröffnen würde. Die stalinistische, nervtötend preußische Bürokratie erstickt die Entwicklung des industriell entwickeltesten Staates des sowjetischen Blocks. Notwendig ist die proletarische Demokratie von Räten (Sowjets), geführt von einer wirklich kommunistischen Partei, die auf dem bolschewistischen internationalistischen Programm von Lenin und Trotzki basiert. Eine politische Revolution in der DDR würde Arbeiter von Ungarn über Polen bis zur Sowjetunion zum Kampf rufen und würde die westdeutschen Arbeiter und das ganze kapitalistische Westeuropa elektrisieren.

Als sich die ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953 gegen die stalinistischen Bürokraten erhoben, waren die Erschütterungen bis in die weit entfernten Arbeitslager in Workuta zu spüren. Aber ein bißchen politische Revolution ist eine gefährliche Sache. Im wesentlichen gilt: Entweder die Arbeiter übernehmen die politische Macht, oder eine kapitalistische Konterrevolution wird an Aufschwung gewinnen. Bei den regelmäßigen Montagsdemonstrationen in Leipzig tauch-

ten am 20. November rechtsnationalistische Losungen auf, die zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands aufriefen. Ein Banner verkündete die Losung „Deutschland einig Vaterland“ (die aus der nur noch in Instrumentalfassung vorliegenden DDR-Hymne stammt). In Halle wurde bei Demonstrationen „Deutschland Erwache“ gerufen. Gleichzeitig lassen im Westen reaktionäre Kräfte ihrer Wut auf DDR-Einwanderer freien Lauf. In Hannover wurden „Trabis“ in Brand gesteckt, in Westberlin mit Farbe überschüttet und die Reifen aufgeschlitzt.

Die deutsche Bourgeoisie heizt das Klima des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus weiter an. Im Märkischen Viertel, einer Westberliner Hochburg der Republikaner, wurde am 12. Mai der junge türkische Metallarbeiter Ufuk Şahin ermordet. Sein Mörder, der mit dem rassistischen Schlachtruf „K----- raus“ auf ihn mit dem Messer eingestochen hatte, wurde Ende November zu lächerlichen fünf Jahren verurteilt. Gerichts begründung: „verminderte Schuldfähigkeit“, Ausländerfeindlichkeit sei „nicht ausschlaggebend“ gewesen. Und in Göttingen wurden Antifaschisten, die sich gegen Neonazis zur Wehr setzten, von der Polizei angegriffen. Dabei wurde eine Frau vor ein herankommendes Auto und in den Tod getrieben. Deutsche und eingewanderte Arbeiter, im Osten und im Westen, müssen ihre Macht als Klasse mobilisieren, um die faschistische Gefahr zu zerschlagen.

Berliner Mauer: Frontlinie des Kalten Krieges

Kaum waren Ostdeutsche in euphorischer Stimmung durch die Berliner Mauer geströmt, schon fingen alle führenden kapitalistischen Politiker an, über kapitalistische Wiedervereinigung zu reden. Ein paar Wochen vorher hatte der amerikanische Prä-

GORBAÇOV'UN SOVYETLER BİRLİĞİ NEREYE GİDİYOR?

DM 1,50

Lenin ve Troçki'nin yoluna geri dön!

In Türkisch

Wohin geht Gorbatschows Rußland?
Keht zum Weg Lenins und Trotskis zurück!

(erschieden auch in *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 13)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 1 19 88-601

LE BOLCHEVIK

Peugeot et les finances défilent Calvet-Rocard

Piquets de grève de masse! Grève générale!

Forgeons un parti bolchevique!

Monatszeitung der Ligue trotskyste de France

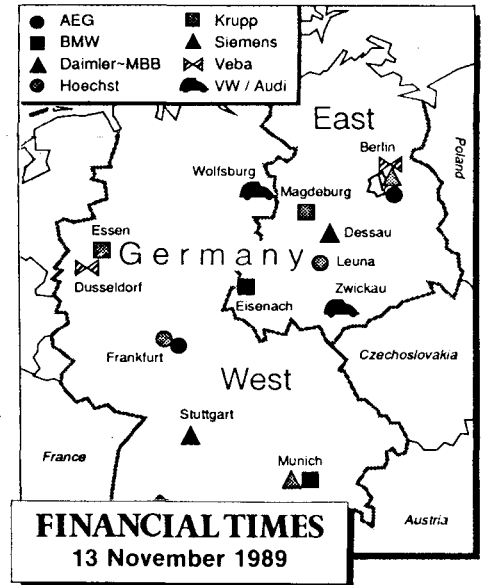
Jahresabonnement DM 10,-
(8 Ausgaben)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

sident George Bush seine europäischen NATO-Alliierten mit der Bemerkung geschockt, er teile die Wiedervereinigungsfurcht nicht. Jetzt doziert Henry Kissinger, ein vereinigtes Deutschland sei „unvermeidlich“. Der französische Präsident François Mitterrand versicherte seinen nervösen Landsleuten, er habe keine Angst vor einem einigen großen Deutschland. Aber Kohl hat sein Bestes getan, die Furcht vor einem Vierten Reich zu schüren, als er in Berlin erklärte: „Es lebe ein freies deutsches Vaterland“.

In Polen, das unter der Nazi-Besatzung 6 Millionen Menschen verloren hat, ist die deutsche Wiedervereinigung ein besonders empfindliches Thema. Die Bonner Christdemokraten haben Warschau in letzter Zeit nervös gemacht mit ihrem Gerede über die deutschen „Grenzen von 1937“, d. h. über die Wiedereingliederung von „Schlesien“ und „Ostpommern“. Am Vorabend seiner jüngsten Polenreise schürte Kohl die Ängste weiter. In Góra Swiętej Anny („Annaberg“ in der westdeutschen Presse) wollte er eine zweisprachige katholische Messe feiern: An gleicher Stelle wurde von den Freikorps 1921 ein polnischer nationalistischer Aufstand brutal niedergeschlagen. Während der polnische Ministerpräsident Mazowiecki implizit Moskau um Schutz anrief – er machte die Bemerkung, die deutsche Selbstbestimmung sei „ein Problem der vier Großmächte“ –, sagte Lech Walesa in New York, deutsche Banken seien in Polen willkommen, nicht aber deutsche Armeen. Die Führer von Solidarność wollen es zwar in ihrem blinden Drang zur kapitalistischen Restauration nicht wahrhaben, aber eines zeigt die Geschichte: Der deutsche Imperialismus läßt in seinem Drang nach Osten hinter den Banken die Armeen folgen.

Der Architekt des Kalten Krieges, US-Diplomat George Kennan, verurteilte „das Gerede“ über Wiedervereinigung. Die gegenwärtige Teilung Europas, bemerkte er, ist das Ergebnis von zwei Weltkriegen; gegenwärtig



Verbindungen der Industrie vor dem Zweiten Weltkrieg. Traum der westdeutschen Herrscher ist ein vereinigtes kapitalistisches Viertes Reich

sind riesige Armeen mit über einer Million Mann (und einem riesigen Atomarsenal) auf deutschem Boden stationiert, und eine Vereinigung ist ohne ihre Zustimmung undenkbar. Eine der beteiligten Mächte ist die Sowjetunion, und noch erklärt Moskau nachdrücklich, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht günstig ist. Gorbatschow ermahnte westliche Führer, keinen „Export des Kapitalismus“ zu versuchen, doch viele westliche „Staatsmänner“ sehen dies als leere Drohung. Dies ist ein schwerer Fehler. Ein vereinigtes imperialistisches Deutschland würde notwendigerweise den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedrohen. Wenn sich eine solche Entwicklung abzeichnen würde, müßten die Moskauer Führer etwas unternehmen. Gorbatschow teilte Mitterrand mit, „noch am selben Tag der Ankündigung einer deutschen Wiedervereinigung werde ein Zwei-Zeilen-Kommuniqué bekanntmachen, daß ein Marschall meinen Sessel einnimmt“ (SZ, 29. November 1989).

Während die revanchistische Rechte im Westen lautstark für sofortige kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands trommelt, sprechen führende Sozialdemokraten (in einer eher nüchternen Einschätzung der imperialistischen Kräfte) davon, erst mit einer

„Konföderation“ zwischen der BRD und der DDR anzufangen. Der Vorschlag wurde sofort von der ostdeutschen CDU aufgegriffen, und dann vereinten Kohls „zehn Schritte zur Wiedervereinigung“ den Bundestag. Nur die MdBs der Grünen bekamen plötzlich kalte Füße, ihnen geht die Entwicklung ein bißchen zu schnell. Die rasant zunehmende ökonomische Durchdringung würde die schon jetzt immer frecher auftretenden prokapitalistischen sozialen Kräfte in der Gesellschaft stärken: dies müßte (eher früher als später) zu einer blutigen Konterrevolution führen.

Die Berliner Mauer verkörpert die Frontlinie des Kalten Krieges. Der Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion – der heiße und der „kalte“ – geht zurück auf den Oktober 1917, als der erste Arbeiterstaat in der Geschichte entstand. Was Ost- und Westdeutschland trennt, sind fundamental entgegengesetzte Gesellschaftssysteme, nicht Mörtel und Stein. Stalinophobe Pseudotrotzkisten wie Wolfgang Weber vom BSA stimmten im Chor der Bourgeoisie mit ein und denunzierten die Berliner Mauer als einen „stalinistischen Angriff auf die Arbeiterklasse“ (Neue Arbeiterpresse, 22. August 1986). Wie wir in Spartakist Nr. 58 (September/Oktober 1988) schrieben:

„Die Imperialisten hassen die Berliner Mauer, weil sie als Barriere gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands errichtet wurde. Die Mauer war eine Maßnahme, wenn auch eine bürokratische, um die kollektivierte Wirtschaft gegen den Druck des Imperialismus zu verteidigen, insbesondere gegen den massiven Aderlaß an staatlich ausgebildeten Ärzten, Technikern und Facharbeitern nach dem Westen Anfang der sechziger Jahre.“

Seit der Errichtung der Mauer 1961 war sie das von den Imperialisten gehegte antikomunistische Symbol. Für Erztrotzkisten wie Ulbricht, der den Mauerbau befahl, und für Honecker, der ihn beaufsichtigte, war sie der „antifaschistische Schutzwall“. Für diese bürokratischen Betonköpfe war die Mauer der vollendete Ausdruck des „Sozialismus in einem Lande“. Dieses Irrlicht, dem die Stalinisten hinterherjagen, ist die Kehrseite der „friedlichen Koexistenz“. Wenn die imperialistischen Kalten Krieger nicht lockerlassen, dann sei die Antwort eine Mauer, die hoch genug ist (oder eine Pufferzone, die breit genug ist), um sie in Schach zu halten. Vor 60 Jahren zeigte Leo Trotzki die logische Folge dieser stalinistischen Illusion auf: „Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, wenn nur nicht eine Intervention dazwischenkommt. Daraus kann und muß ... unbedingt eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen“ („Die Dritte Internationale nach Lenin“, 1929).

Doch die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie hat den imperialistischen Angriff auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg nicht abgewendet, auch nicht den Kalten Krieg danach. Weder die Berliner Mauer noch Abrüstungsaufträge konnten die DDR abriegeln und verhindern, daß der ökonomisch weitaus stärkere deutsche Imperialismus sie durchdringt. Wie Trotzki warnte, können die Errungenschaften des Oktober letztlich nur „in der Arena der Weltrevolution“ verteidigt werden.

Als die Mauer durchbrochen wurde, umarmten sich auf der Straße Berliner, die 28 Jahre lang in einer geteilten Stadt lebten. Bei dieser Maßnahme, wie bei jedem Zugeständnis an die Massen, reagierte die Bürokratie auf die Massendemonstrationen, aber auch auf die Drohung von Arbeiterstreiks. Bärbel Bohley, Sprecherin des Neuen Forums, sagte im westdeutschen Fernsehen, daß die Regierung die Grenze nicht so schnell hätte öffnen sollen. Dafür erntete sie bei der wöchentlichen Leipziger Demonstration ein Konzert von Buhrufen. Ein anderer Forum-Sprecher, Sebastian Pflugbeil, beklagte, die SED hätte „die Leute mit Schokolade gekauft“. Über so etwas beschwert sich die kleinbürgerliche, elitäre „Opposition“, die von der Öffnung der Mauer desorientiert und gespalten wurde.

Die Öffnung der Mauer hat zwar bewirkt, daß der Druck zeitweilig nachließ, doch die Demonstrationen gehen weiter. Mächtige und unberechenbare soziale Kräfte sind freigesetzt worden. Inzwischen zeigt sich deut-

lich die verschärfte Polarisierung innerhalb der DDR. Die nationalistischen Stimmen, die offener und lauter geworden sind, zeigen, wie dringend notwendig eine proletarische Perspektive ist! Heute kann die Öffnung der Mauer als Sprungbrett dienen zur revolutionären Einheit und zum gemeinsamen Kampf der Arbeitermassen im kapitalistischen Westen und im ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat.

Für Arbeiterräte in ganz Deutschland!

Viele Oppositionelle in der DDR sehen die Sozialdemokratie als die einzige Alternative in Westdeutschland. Aber die SPD hat nur den deutschen Kapitalismus im Auftrage Krupps und Thyssens verwaltet, wie letztes Jahr die Massentlassungen in Rheinhäusern. Und sie hat als Eckpfeiler der NATO fungiert beim Aufbau der Bundeswehr als der stärksten imperialistischen Armee in Europa. Die Sozialdemokraten unter Willy Brandt haben gegenüber Osteuropa und besonders Ostdeutschland die Ostpolitik entwickelt, die jetzt die einheitliche Linie des deutschen Imperialismus geworden ist. Symbolisch hierfür: der Bundestag erhebt sich bei der Öffnung der Mauer und stimmt das „Deutschlandlied“ an.

Heute hegen und pflegen die westdeutschen Führer der SPD Oppositionelle in der DDR. Diese Linie wurde in einem Interview mit dem ehemaligen SPD-Kanzler Helmut Schmidt zusammengefaßt (Die Zeit, 10. November 1989). Darin ruft er dazu auf, „viele Milliarden D-Mark ... über einige Jahre“ für Joint ventures und für die „Schulung von Managern und von Gewerkschaftern“ hineinzupumpen. In Schmidts konterrevolutionärem Szenario heißt es: „Die Eigentumsfrage ist einstweilen noch nicht wichtig. Vielmehr kommt es zunächst auf Selbständigkeit der Unternehmensleitungen an“ und auf „Wettbewerbsmärkte“, um die „zentralisierte bürokratische Zwangswirtschaft“ aufzuheben.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine stellt inzwischen fest, der „demokratischen Opposition“ in der DDR „wäre nicht geholfen, brächten wir sie in den Verdacht, Handlanger des Westens zu sein“. Regt euch also nicht darüber auf, daß sie über „Demokratisierung und Reform der sozialistischen Gesellschaft“ sprechen, statt über eine Rückkehr zum Kapitalismus (Der Spiegel, 25. September 1989). Wir müssen ausdrücklich davor warnen: Die SPD ist die Speerspitze der Konterrevolution in der DDR.

Viele, die von sozialistischer Demokratie in der DDR sprechen, wollen wirklich keine Strohmannen für sozialdemokratische Konterrevolution werden. Doch wie sehr ostdeutsche Arbeiter und linke Intellektuelle auch eine sozialistische Revolution im Westen herbeisehnen, viele sind davon überzeugt, daß diese Aussicht völlig utopisch sei. Dabei unterschätzen sie jedoch durchaus ihre eigene Fähigkeit, die Welt zu verändern. Auch verstehen sie nicht ganz, in welchem Ausmaß die abscheulichen Deformationen des Stalinismus, und nicht die angebliche Lebensfähigkeit des Kapitalismus, dafür verantwortlich sind, daß die bürgerliche und besonders die sozialdemokratische Ideologie in der westeuropäischen Arbeiterklasse vorherrscht.

Die bolschewistische Revolution in Rußland – einem zurückgebliebenen Land, das damals gegen Deutschland Krieg führte – veränderte das politische Bewußtsein der

deutschen Arbeiterklasse radikal und schlagartig. In den 20er Jahren umfaßte die Kommunistische Partei die besten, kämpferischsten und idealistischsten Elemente des deutschen Proletariats, besonders der Jugend. Lenin, Luxemburg und Liebknecht wurden zum Vorbild für Millionen deutscher Arbeiter und linker Intellektueller in der Weimarer Republik.

Wenn die ostdeutsche Arbeiterklasse auf der Basis von Rätepolitik und im Namen des kommunistischen Internationalismus die politische Macht ergreift, wird sich das politische Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse tiefgreifend ändern. Und nicht nur das der westdeutschen Arbeiterklasse. Die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands wird die Welt verändern. Wie



Armenküchen in Polen: „Marktwirtschaft“ treibt das Land in den Hunger

wir in einer Erklärung der internationalen Spartacist Tendenz anlässlich der Grand Tour von Ronald Reagan 1982 in Europa hervorhoben:

„Deutschland spielt eine führende Rolle für den Weg Europas – zum Sozialismus oder zur Barbarei... Nur die Proletarier aller Länder, die in den Worten von Karl Marx ‚kein Vaterland haben‘, können eine gerechte und harmonische Arbeitsteilung schaffen, basierend auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Alternativen sind entweder nukleare Barbarei oder die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.“

Ein Arbeiter aus dem VEB Leuna drückte den verbreiteten Haß gegen die neuen und alten Maßnahmen der Bürokratie in einem Gedicht aus: „Wir brauchen keinen Konkursverwalter, Genosse Modrow, da gehts nicht lang! Verramsch uns nicht an Krupp und Thyssen, Mercedes-Benz und Deutsche Bank“, und er setzt fort: „Verflucht und erneuert sei die Partei, die uns verkauft und verraten hat“. Bereits bei den Demonstrationen am 4. November hatte ein Banner an die Rolle der SED beim Truppeneinmarsch in Prag 1968 und an ihren Beifall zum Massaker in Beijing erinnert und gefordert: „Für eine neue Kommunistische Partei“. Das ist tatsächlich der Schlüssel – eine wirklich bolschewistische Führung, eine internationalistische proletarische Avantgardepartei, die um die Macht kämpft. ■

„Marktsozialismus“ in Osteuropa

Für proletarische politische Revolution in der UdSSR!

SEITE 2

- Der Bankrott des jugoslawischen Modells 13
- Ungarn: „Bolsch-Kommunismus“ geht pleite 20
- Für zentrale Planung durch Sowjetdemokratie 27
- Sowjetische werden: „Land Strome für alle“ 35
- Wird ab den Populärsten Demagogie 37

Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft

SEITE 40

„Marktsozialismus“ in Osteuropa

Eine Broschüre über die Wirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten – eine Analyse von Jugoslawien, Ungarn und Ostdeutschland im Kontext mit Gorbatschows Perestroika. Die Broschüre geht auf frühere Versuche der herrschenden Bürokratie ein, die Stagnation durch Dezentralisierung und „marktorientierte“ Reformen zu bekämpfen, und sie stellt dem das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie.

DM 3,- (40 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Postgirokonto Frankfurt 119 88-601

SPARTAKIST

Für Arbeiterrevolution in El Salvador!

Für militärischen Sieg der FMLN!

NOVEMBER 1989 – Während die herrschende Klasse in Amerika „den Tod des Kommunismus“ feiert, hat der Aufstand der salvadorianischen Linken jetzt einen der blutrünstigsten Marionettenstaaten der USA bis in die Grundfesten erschüttert. Am Samstag, den 12. November startete die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) koordinierte Angriffe im ganzen Land und besetzte die dicht besiedelten Barrios der Arbeiterklasse im Umkreis der Hauptstadt. Mit großem Heldenmut und brillanter Taktik haben es die Streitkräfte der Rebellen geschafft, über eine Woche lang die salvadorianische Armee zu paralysieren, die vom Pentagon massiv mit Waffen versorgt wird.

Menschen in der ganzen Welt, angewidert und empört über die Barbarei der von den USA unterstützten Kräfte, haben den unbeugsamen Mut und die Kühnheit der linken Rebellen bewundert. Die salvadorianische Armee, die nicht den Mumm zum Häuserkampf gegen die Guerillas hat, hat die Barrios bombardiert und unter Beschuß genommen. Ärzte vom Las-Rosales-Krankenhaus in San Salvador berichten, daß die meisten Wunden von Bombensplittern und nicht von Gewehrkugeln stammen. Während der Bürgerkrieg tobte, folterten und töteten 30 uniformierte Militärs sechs Jesuitenpriester, die von rechtsradikalen Todesschwadronen zur Zielscheibe erkoren wurden, weil sie sich offen für soziale Gerechtigkeit einsetzten. Die wahnsinnigen Killer, die in El Salvador

Heldenhafte FMLN-Guerillas erobern einen großen Teil von San Salvador sowie andere Landesteile. Arbeiteraufstand muß Todesschwadronen-Regime zerschlagen und die Macht ergreifen!



Aus der Ferne können wir nicht beurteilen, ob die spektakuläre Aktion der FMLN ein gewagtes Abenteuer ist oder zum Schlußangriff für den Sieg werden könnte. Aber wir können mindestens das gleiche sagen wie Lenin über den von James Connolly geführten irischen Osteraufstand von 1916 gegen den britischen Imperialismus. Wie Lenin bemerkte, ist jeder, der einen solchen Aufstand verurteilt, „entweder der schlimmste Reaktionär oder

anderen Gelegenheiten aus Protest demonstriert, trotz der vom Militär auf sie gerichteten Gewehre. Unmittelbar nach Cristianis Übernahme des Präsidentenstuhls im Juni – ARENA beherrscht damit vollständig die formale Regierungsstruktur (Exekutive, Legislative und Jurisdiktion), gleichzeitig ist das Militär jetzt unter der festen Kontrolle der Hardliner von der Tandonna (dem Jahrgang '66 der Militärakademie) –, begannen Entführungen, Verhaftungen und Ermordungen von Gewerkschaftern zu eskalieren. (ARENA ist die ultrarechte Partei der Großgrundbesitzer und Todesschwadronen, die 1980 durch „Blowtorch Bob“ D'Aubuisson gegründet wurde.) Dieser Terror erreichte am 31. Oktober seinen Höhepunkt in dem Bombenanschlag auf den Gewerkschaftsverband FENASTRAS, und seitdem werden Gewerkschaftsmilitante immer noch täglich entführt und ermordet. Doch die Arbeiter haben darauf mit mutiger Mobilisierung zu den Beerdigungen ihrer Führer geantwortet und haben die Geheimpolizei, die sich unter die Menge gemischt hatte, umstellt und entworfen. Salvadorianische Arbeiter haben sicher die Kampfbereitschaft sowie die organisatorische Fähigkeit, mit einer machtvollen Erhebung in San Salvador loszuschlagen.

Zwar rief die FMLN zu einem Volksaufstand auf, doch weder ihre „Generaloffensive“ 1981 noch die gegenwärtige Offensive mündete in eine Erhebung. Dies liegt nicht an fehlender Unterstützung durch die Bevölkerung, wie die US-Botschaft behauptet. Vielmehr hat in der Guerillastrategie die Beteiligung der Massen eine reine Hilfsfunktion, die man an- und abstellt, wie es einem paßt. Und als kleinbürgerliche Bonapartisten (die mehr als einmal interne Auseinandersetzungen durch Mord geregelt haben) fürchten sie die Bildung von Arbeitermilizen, Arbeiterräten und anderen Organen *proletarischer Klassenherrschaft*. Vor sieben Jahren gab Commandante Villalobos zu, daß die FMLN im Frühling 1980, als Hunderttausende von Arbeitern und Slumbewohnern auf die Straßen zogen, die Gelegenheit zu einer Massenerhebung *verstreichen* ließ, weil „Teile der Bourgeoisie, die bereit waren, Bündnisse mit uns einzugehen“, dazu nicht bereit waren.

Das politische Programm der Guerillas ist *Klassenzusammenarbeit* mit der „patriotischen/demokratischen Bourgeoisie“. Zur Zeit wollen sie Washington dazu kriegen, eine „Regierung der nationalen Rettung“ zu arrangieren, die nur ARENA und die Tandonna ausschließen soll. Aber dies hatte man bereits mit der „revolutionären Junta“ von 1979

versucht (unter Beteiligung solcher Verbündeten der Guerillas wie Guillermo Ungo und Rubén Zamora), und es führte sofort zur Ermordung von streikenden Arbeitern und Bauern. Es wäre tragisch, wenn dies nach einem Jahrzehnt Bürgerkrieg heute wieder geschehen sollte.

Die Ereignisse gehen *vielleicht* über die Grenzen hinaus, die von dem FMLN-Programm der Klassenzusammenarbeit gesteckt werden; doch der Schlüssel liegt weiterhin in der Mobilisierung der proletarischen Massen als *Klasse*, die für die Arbeitermacht kämpft. Die dringende Notwendigkeit, auf der Grundlage des Programms der internationalen proletarischen Revolution eine leninistisch-trozkistische Avantgarde zu schmieden, wird unterstrichen durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise und die andauernde Contra-Aggression in Nicaragua. In diesem Land haben die Wunschträume der Sandinistas von „Pluralismus und gemischter Wirtschaft“ Elend für die arbeitenden Menschen gebracht und bedeuten, daß Washingtons einheimische Contras weiter gefährlich vorrücken konnten. Diese Notwendigkeit wird unterstrichen durch die anhaltenden gesellschaftlichen Unruhen in Mexiko, mit seinem millionenstarken Proletariat, und durch die gesellschaftlichen Explosionen, die gegenwärtig eine Reihe südamerikanischer Länder erbeben lassen.

El Salvador ist ein kleines Land von geringer strategischer Bedeutung in der Welt. Doch nach der demütigenden Niederlage in Vietnam und nach der Nicaraguanischen Revolution war der US-Imperialismus unter Reagan finster entschlossen, El Salvador zum Schauplatz seines erneuerten antikomunistischen Kreuzzugs zu machen. El Salvador sollte das *Anti-Vietnam* werden, der Ort, an dem die linken Guerillas von Marionettenstreitkräften der USA aufgerieben werden sollten. Washington hat dem Regime der Todesschwadronen 3,5 Milliarden Dollar gegeben, das bedeutet ein Kopfgeld von *50 000 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind, die umgebracht worden sind*. Der Bürgerkrieg in El Salvador hat eine weltweite Bedeutung erhalten, die weit über die Größe des kleinen mittelamerikanischen Landes hinausgeht, in dem er ausgetragen wird. Ein Sieg der linken Rebellen über die salvadorianischen Herrscher wäre eine lähmende Niederlage und Demütigung für den US-Imperialismus, und er hätte Auswirkungen von den Barrios von Mexico City bis in die Fabriken Ostberlins und darüber hinaus.

Auszüge übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 490, 24. November 1989

Der Stalinismus ist schwer angeschlagen, doch der Kommunismus lebt, von Kabul bis zu den sowjetischen Bergarbeitern und den salvadorianischen Aufständischen!

herrschen, sind bereit, Zehntausende zu massakrieren, um sich für ihre Demütigung durch die Guerillas der FMLN zu „rächen“.

Seit einigen Monaten begeistern sich Washington und Wall Street an der angeblichen Demontage des Kommunismus in Osteuropa und überall in der Welt. Doch während Amerikas herrschende Klasse am Grabe des Marxismus Freudentänze aufführt, erhebt sich jetzt in ihrem eigenen Hinterhof bewaffnet und kämpferisch das Gespenst des Kommunismus.

Salvadorianische Tet-Offensive

„Unsere Aufgabe ist es, zu siegen oder zu sterben. Dies ist die letzte Schlacht“, erklärte ein Guerillakämpfer. Die Aufständischen kämpfen aus Schützengraben, hinter Barrikaden ausgebrannter Autos oder von Dächern; wiederholt haben sie Gegenangriffe der Armee zurückgeschlagen und ihr schwere Verluste zugefügt. In schneller Folge eroberten sie die Bezirke von Mejicanos, Soyapango, Metrópoli, Zacamil – über ein Drittel der Hauptstadt, mit mehr als einer halben Million Einwohner. Um die Versuche des Regimes zu vereiteln, die Bevölkerung auszuhungern, bis sie sich ergibt, öffneten Rebelleinheiten in mehreren von ihnen kontrollierten Gebieten die Türen von Supermärkten.

In einer wichtigen Hinsicht ähnelt die gegenwärtige FMLN-Offensive der Tet-Offensive 1968 in Vietnam, dem Wendepunkt jenes Krieges. Wie in Vietnam sind die salvadorianischen Guerillas bereit, die Gefahr enormer Verluste auf sich zu nehmen, um das Selbstvertrauen der Landesherrscher und ihrer amerikanischen Oberherren zu erschüttern. Seit Monaten redet Washington davon, der FMLN-Aufstand sei isoliert, ohnmächtig, am Ende.

ein hoffnungsloser Doktrinär, der unfähig ist, sich die soziale Revolution als eine lebendige Erscheinung vorzustellen“.

Für Arbeiterrevolution in El Salvador!

Der FMLN-Kämpfer an der Basis will den Feind *besiegen*, und zwar *jetzt*. Die salvadorianischen Massen haben nicht zehn schwere Kriegsjahre lang ihr Blut für einen weiteren Patzstand vergossen. Die arbeitenden Menschen wollen ihren Tag der Abrechnung mit den Militärschlächtern und der blutbefleckten Oligarchie. Aber ein gewaltiges Hindernis für den Sieg ist das Programm der kleinbürgerlich-nationalistischen FMLN, die auf die eine oder andere Weise der brennenden Notwendigkeit der Revolution *immer* ihre Forderung nach einer „Verhandlungslösung“ entgegengestellt hat, um eine „Regierung unter breiter Beteiligung“ mit der Bourgeoisie zu bilden.

Dies hat zuletzt die extreme Form angenommen, daß die FMLN anbot, ihre Waffen niederzulegen und sich in den von den USA inszenierten „politischen Prozeß“ zu „integrieren“, als Gegenleistung für eine illusorische „Selbstreinigung und eine professionellere Organisation der Armee“ – deren *Profession* darin besteht, Arbeiter und Bauern zu töten, im Dienste der „14 Familien“. Kurz vor der Offensive erklärte FMLN-Commandante Leonel González: „Wir werden unseren militärischen Faktor am Verhandlungstisch ins Spiel bringen“ (*Excelsior*, Mexico City, 9. November).

Verglichen mit Nicaragua unter Somoza hat die Arbeiterklasse in El Salvador ein weit aus größeres soziales Gewicht und ein höheres Niveau von politischem Bewußtsein. In den letzten paar Jahren haben Zehntausende von Arbeitern wiederholt am 1. Mai oder bei